



gender & bewaffnete konflikte

gender

e l s a l v a d o r

natalie plhak
wien, august 2007



**Internetrecherche/Desk Studie im Rahmen des Projektes:
Konflikt & Gender in den Schwerpunkt- und Kooperationsländern
der Österreichischen Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit**

Impressum

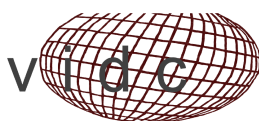
Herausgeber:
**Wiener Institut für Entwicklungsfragen und Zusammenarbeit
Vienna Institute for Development and Cooperation (VIDC)**

Adresse:
**Möllwaldplatz 5/3, 1040 Wien
Tel: +43/1/713 35 94, Fax: DW 73
gender@vidc.org
www.vidc.org**

Redaktion/Layout:
**Mag.^a Renate Semler
Mag.^a Magda Seewald**

Copyright:

Wiener Institut für Entwicklungsfragen und Zusammenarbeit



Österreichische
=

Entwicklungszusammenarbeit

Offenlegung nach Paragraph 25 Mediengesetz

Medieninhaber: Wiener Institut für Entwicklungsfragen und Zusammenarbeit, Möllwaldplatz 5/3, 1040 Wien

Grundlegende Richtung: Diskussionsbeiträge zu den Themen Entwicklungspolitik, Entwicklungszusammenarbeit und Kulturaustausch Süd/Nord sowie Antirassismusaktivitäten. Verantwortlich für den Inhalt und Korrekturen sind die Autoren bzw. die Redaktion, Eigenvervielfältigung, Verlags- und Herstellungsort: Wien

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsliste.....	4
Vorwort des Vienna Institute for Development and Cooperation.....	5
1. Einleitung.....	6
2. Schlussfolgerung	9
3. Geschichte des Konflikts.....	10
3.1. Wer sind die involvierten AkteurInnen?.....	13
3.2. Wie verläuft der Konflikt?	16
4. Welche Auswirkungen haben die Ereignisse auf die Institutionen?	22
4.1. Soziale und kulturelle Institutionen.....	23
4.3. Militär / bewaffnete Gruppen	37
4.4 wirtschaftliche Institutionen	41
5. Quellenverzeichnis	46

Abkürzungsliste

AMES	Asociación de la Mujer de El Salvador
ANDES	Asociación Nacional de Educadores Salvadoreños)
ANDRYSAS	Asociación de Regidoras, Síndicas y Alcaldesas Salvadoreñas
ARENA	Alianza Republicana Nacionalista
ASUTRAMES	Asociación de Usarias y Trabajadoras de los Mercados
CCPDH	Consejo Centroamericano de Procuradores de Derechos Humanos
CEDM	Construcción por un empleo digno en la Maquila
CEMUJER	Centro de Estudios de la Mujer
CIA	Central Intelligence Agency
CIDH	Comisión Interamericana de Derechos Humanos
Co-MADRES	Mothers of the Disappeared
DR-CAFTA	Dominican Republic-Central American Free Trade Agreement
ERP	Ejército Revolucionario del Pueblo
FAES	Fuerza Armada de El Salvador
FMLN	Frente Farabundo Martí de Liberación Nacional
FSLN	Frente Sandinista de Liberación Nacional
IIDH	Instituto Interamericano de Derechos Humanos
ISEDEMU	Instituto Salvadoreño para el Desarrollo de la Mujer
IWF	Internationaler Währungsfonds
LAS DIGNAS	Asociación de mujeres por la dignidad y la vida
NGO	Non-Governmental Organization
ONUSAL	United Nations Observer Mission in El Salvador
PDC	Partido Democrático Cristiano
PNC	Policía Nacional Civil
PNM	Plan Nacional de la Mujer
PNUD	Programa de las Naciones Unidas para el Desarrollo
UNDP	United Nations Development Programme
URNG	Unidad Revolucionaria Nacional Guatemalteca

Vorwort des Vienna Institute for Development and Cooperation

Die vorliegende Studie wurde im Rahmen des Projektes „Gender und bewaffnete Konflikte“ des vidc erstellt. Ziel dieses Vorhabens ist eine Gender Analyse der bewaffneten Konflikte in den Schwerpunkt- und Kooperationsländern der OEZA.

Die einzelnen Arbeiten basieren auf einer Internetrecherche, wobei darauf geachtet wurde, dass alle Studien in gleicher Weise aufgebaut sind und somit einen Vergleich zulassen. Diese Struktur der Arbeiten wurde im Rahmen eines Workshops unter der Leitung von Dr.ⁱⁿ Dubravka Zarkov vom Institute of Social Studies (ISS) Den Haag erarbeitet. Ihr sei an dieser Stelle ganz herzlich für ihre Mitwirkung gedankt.

Als zentrale Frage der Arbeiten gilt jene nach den Auswirkungen des jeweiligen Konflikts auf die wichtigsten Institutionen der Gesellschaft – soziokulturelle, politische, militärische und wirtschaftliche. Um dieses Konzept auf möglichst viele Länder in durchaus unterschiedlichen Konfliktstadien anwenden zu können, wurde ein weiter Konfliktbegriff gewählt, der Konflikte als soziale Prozesse definiert und somit sowohl Vorkonfliktphasen wie auch Nachkonfliktphasen abdeckt.

Trotz dieser einheitlichen Struktur haben sich in den einzelnen Arbeiten doch unterschiedliche Schwerpunkte herauskristallisiert, die einerseits vom Konfliktstadium und andererseits von der Quellenlage abhängig waren. In laufenden Arbeitsgruppentreffen und regem Austausch mit ExpertInnen der EZA konnten Problemstellungen diskutiert und Erfahrungen ausgetauscht werden. Das so erzielte Ergebnis enthält Handlungsanweisungen und -empfehlungen für die OEZA, die jedoch aufgrund der eingeschränkten Forschungsmöglichkeiten (Internetrecherche) nur ein Anhaltspunkt für konkrete Projektempfehlungen sein können.

Mag.^a Magda Seewald

Februar 2006

1. Einleitung

In der wissenschaftlichen Literatur werden verschiedene Begriffe verwendet, um Konflikte zu bezeichnen, wie etwa Krieg, bewaffneter oder gewaltsamer Konflikt. Auch wenn sie meist synonym verwendet werden, so liegt jedem dieser Begriffe ein ideologisches Narrativ zugrunde.

Im Sinne Clausewitz ist Krieg die Fortsetzung der Politik mit anderen Mittel, um die Interessen eines Staates oder einer Konfliktpartei durchzusetzen. Der Terminus Krieg wird besonders dann verwendet, wenn es gilt eine Gruppe oder ein Volk für den Kampf zu mobilisieren (vgl. Clausewitz). Ähnliches gilt für den Begriff des „gerechten Krieges“. Er wird zusehends verwendet, um das eigene Volk und die internationale Staatengemeinschaft zu überzeugen gegen einen Tyrannen zu kämpfen und damit Freiheit, Demokratie und Frieden für ein Volk und Sicherheit für die Welt zu bringen. In diesem Zusammenhang wird auch vermehrt von „Interventionen“ gesprochen.

Der Begriff „Krieg“ fokussiert auf die unmittelbare gewaltsame Auseinandersetzung zwischen zwei oder mehreren Konfliktparteien und ignoriert dabei, dass es eine Zeit vor dem Ausbruch der Gewalt gibt – Cynthia Cockburn nennt sie „uneasy peace“ (Cockburn 2001: 13) – in der entsprechende Propaganda und Aufrüstung stattfinden. Sie ist meist auch geprägt von einem Anstieg räumlich begrenzter Gewalt. Ebenso wenig endet ein Konflikt mit der Beendigung des Krieges. Um also einen bewaffneten Konflikt in seiner gesamten Auswirkung analysieren zu können, ist es sinnvoll ihn als sozialen Prozess zu sehen. Dadurch können bewaffnete Konflikte in unterschiedlichen Phasen nach ähnlichen Gesichtspunkten untersucht werden. Wie etwa Ruanda, wo der Völkermord bereits einige Jahre zurückliegt und das Land sich in einer Post-Konflikt-Phase befindet, oder Äthiopien, wo allerdings die Nachkriegszeit sehr schnell wieder zu einer Pre-Konflikt-Phase werden kann. Während hingegen Norduganda sich in einem akuten bewaffneten Konflikt befindet.

Im Laufe dieses sozialen Prozesses werden unterschiedliche Formen von Gewalt, unmittelbare physische, strukturelle und kulturelle Gewalt, ausgeübt. Gewaltförmige Konflikte setzen starke kollektive Identitäten voraus, wobei Ethnie und Gender eine wesentliche Rolle spielen. Gender wird hierbei als eine soziale Konstruktion von Geschlecht, als soziokulturelle Annahmen über Männer und Frauen und ihr Verhalten zu einander verstanden. Dabei geht es nicht nur um das typische, sondern auch um das normativ

angemessene, das „richtige“ Verhalten von Männern und Frauen. In Konfliktzeiten dienen solche Geschlechterbilder auch zur Konstruktion von Freund- und Feindbildern. Dabei ist der Kern dieser Geschlechterbilder die Dichotomie des männlichen Täters und des weiblichen Opfers (vgl. Kassel 2005: 36).

Die Bedeutung von Gender in ethno-nationalen Konflikten

Besondere Bedeutung kommt dieser Konstruktion von Geschlecht und den damit verbundenen Geschlechterverhältnissen in ethno-nationalen Konflikten, wie etwa im Kosovo, zu. Dabei werden sehr oft biologistische Metaphern verwendet, indem die Nation als Körper verstanden wird, der durch den Feind verletzt oder vergewaltigt wird und entsprechend verteidigt werden muss. Neben dieser biologisch-physischen Komponente spielt auch die kulturell-symbolische Ebene eine wichtige Rolle. Es gilt das gemeinsame kulturelle Erbe zu schützen. Ein Erbe, das vielfach von Müttern durch soziale Praktiken und Traditionen an die nächste Generation weiter gegeben wird und als Grenzziehungsmechanismus zwischen dem eigenen und dem anderen dient. Es ist daher kein konfliktbegleitendes Zufallsprodukt, sondern ein dieser Logik entsprechendes Phänomen, wenn Frauen ein besonderes Ziel von Attacken in ethno-nationalen Konflikten sind. Sie werden gezielt wegen ihrer zweifachen Positionierung der biologisch-physischen und der kulturell-symbolischen angegriffen. Dies äußert sich etwa in Massenvergewaltigungen, wie in Ruanda, Kosovo oder Uganda, durch die gezielt die weibliche Reproduktionsfähigkeit „benutzt“ wird. Dabei gilt die Schwängerung der Frauen des nationalen Feindes als Ziel, um die fremde, verfeindete Gruppe von innen heraus zu schwächen und damit den militärischen Angriff von außen zu ergänzen.

Ebenso wie Weiblichkeit im Verhältnis zum nationalen Körper konstruiert wird, geschieht dies mit Männlichkeit. Aufgabe der Männer ist es, die Gruppe, die Frauen zu schützen und ihre Werte zu verteidigen. Also auch hier ist in der Konstruktion von Männlichkeit eine physische und symbolische Ebene impliziert. Wird eine Frau angegriffen, richtet sich dieser Angriff ebenso gegen die Männer dieser Gruppe. Wird sie vom Feind vergewaltigt, wird dadurch nicht nur die Fähigkeit der Männer zur Verteidigung, also ihre Männlichkeit in Frage gestellt, sondern auch der eigene nationale Körper durch den Feind in Besitz genommen. Durch die „Infiltrierung“ des nationalen Körpers, wenn etwa Kinder als Folge solcher Vergewaltigungen geboren werden, wird der symbolische Effekt der Inbesitznahme durch den nationalen Feind erreicht und eine dauerhafte Schwächung bzw. (Zer)störung der Gruppenidentität erzielt.

Retraditionalisierung

Die durch die Geschlechterkonstruktion vermittelten gesellschaftlichen Erwartungen und Rollen können sich in sozialen Prozessen, also auch in bewaffneten Konflikten, verändern. Dabei können Geschlechterbilder verstärkt werden, so etwa durch die Betonung des Mannes als Krieger, Held und Beschützer oder der Frau als Opfer, Pflegerin und Schutzbedürftige. Andererseits übernehmen Frauen in Kriegszeiten oft Tätigkeiten, die vorher „üblicherweise“ von Männern ausgeführt wurden. Diese Ausweitung der Geschlechterrolle bedeutet aber meist keine Änderung der in einer Gesellschaft vorhandenen Geschlechterideologien. Soldatinnen bringen generell die „Geschlechter-Kriegsordnung“ durcheinander und geraten dadurch in einen Widerspruch zwischen „Geschlechterbild“ (friedfertiges Opfer) und „Geschlechterrolle“ (kämpfende Soldatin) (Kassel 2005: 37). Dies zeigt sich etwa bei weiblichen Kombattantinnen, wie in Ruanda. Traditionellerweise gelten Frauen dort nicht als Kämpferinnen, allerdings griffen in den 1990er Jahren hunderte Frauen zu den Waffen. Während ihre männlichen Kollegen Demobilisierungsprogramme durchlaufen und ohne große Probleme wieder in ihren Gesellschaften Fuß fassen können, ja zum Teil als Helden gefeiert werden, sind ehemalige Kämpferinnen stigmatisiert.

Vielerorts ist nämlich nach Beendigung von Kampfhandlungen eine Wiedererstarkung der traditionellen Geschlechterbilder zu erkennen. Diese Retraditionalisierung zeigt sich etwa in der Westsahara, wo im Laufe des Waffenstillstandes traditionelle soziokulturelle Praktiken wie der Brautpreis wieder eingeführt wurden, nachdem er in den 1970er Jahren abgeschafft worden war. Ähnliches ist auch in Äthiopien zu erkennen, wo in der Post-Konflikt-Phase alte kulturelle Praktiken wieder verstärkt angewendet werden.

Gewalt

Die Betonung des Mannes als Krieger unmittelbar vor, während und nach bewaffneten Konflikten geht stets auch einher mit der Ausübung von Gewalt. Da Geschlechterverhältnisse auch immer Machtverhältnisse sind und in Krisenzeiten derjenige die Macht besitzt, der über Waffen verfügt, sind Frauen in solchen Zeiten verstärkt von Gewalt bedroht. Dies zeigt sich nicht nur in der Verwendung von geschlechtsspezifischer sexualisierter Gewalt, wie Vergewaltigung, als Kriegswaffe, sondern auch häufig im Anstieg häuslicher Gewalt gegen Frauen und Kinder in Post-Konflikt-Situationen.

Institutionen

Wenn also Geschlechterkonstruktionen innerhalb sozialer Prozesse veränderbar sind, haben in bewaffneten Konflikten unterschiedliche AkteurInnen Einfluss auf diese Konstruktionen, wie

etwa das Militär oder sonstige bewaffnete Einheiten. Andererseits sind in vielen Nachkriegssituationen internationale Organisationen und sonstige AkteurInnen in den Prozess involviert und beeinflussen damit die Geschlechterkonstruktion. Diese AkteurInnen versuchen dabei vielfach ihre Konzepte von Gender durchzusetzen. Daher ist es bei der Gender Analyse eines Konflikts auch wichtig, die involvierten AkteurInnen im Hinblick auf ihre Geschlechterbilder zu untersuchen.

Hierbei ist vor allem interessant, wie sich der gewaltsame Konflikt auf die zentralen Institutionen einer Gesellschaft auswirkt und wie diese wiederum von den AkteurInnen beeinflusst werden. Denn es sind diese Institutionen, die maßgeblich Geschlechterverhältnisse konstruieren. Soziale und kulturelle Institutionen, wie etwa Familie oder Schule, tragen bereits früh zur Vermittlung bestimmter Geschlechterbilder bei. Ähnliches gilt für militärische und wirtschaftliche Institutionen. Während politische Institutionen durch gesetzliche Regelungen diese entweder festschreiben oder auch herausfordern können, wie etwa das Beispiel Ruanda zeigt, wo nach dem Völkermord zahlreiche Gesetze im Hinblick auf Geschlechtergerechtigkeit verändert wurden und dadurch die politische Partizipation von Frauen enorm zugenommen hat.

Eine solche Untersuchung kann helfen neue Konflikte zu verhindern. Denn wenn es für Frauen und Männer in einer Gesellschaft unmöglich ist, den vorgegebenen Geschlechtervorstellungen zu entsprechen, wenn die Realität dies nicht zulässt, führt das unweigerlich zu neuen Konflikten.

2. Schlussfolgerung

Auch 15 Jahre nach Ende des Bürgerkriegs konnten dessen Ursachen nicht behoben werden. Soziale Ungleichheit und Armut zeichnen heute immer noch die Situation El Salvadors aus und bestimmen die politische Agenda. Obwohl der Krieg strukturelle Probleme im Land nicht verändern konnte, fand jedoch erstmalig eine Auseinandersetzung mit Geschlechterrollen statt. Die vor dem Krieg sehr strenge geschlechtliche Arbeitsteilung bestimmte den männlichen und weiblichen Handlungsspielraum sehr genau. Diese basierte auf den Stereotypisierungen von Mann und Frau durch den „*machismo*“ beziehungsweise den „*marianismo*“. Obwohl in der Zeit des Krieges der weibliche Aktionsradius ausgeweitet wurde, fand keine Aufweichung der Geschlechtervorstellungen statt. Frauen wurden und werden heute auch noch vorwiegend diskriminiert und das männliche Verhalten genießt in der

Gesellschaft mehr Anerkennung. Jedoch konnten Frauen in der Nachkriegszeit einige Erfolge in Punkto Gleichberechtigung erzielen und sich einen Platz in der Politik schaffen. Zur gleichen Zeit stieg auch die Zahl an Frauen-NGOs und jenen, die sich den Rechten der Frau und der Gleichberechtigung selbiger widmen. Diese Entwicklungen waren durch den weltpolitischen Rahmen begünstigt. In den 90iger Jahren wurde etwa eine Reihe an internationalen Abkommen zur Gleichberechtigung und gegen Diskriminierung der Frau verabschiedet. Aber Theorie und Praxis liegen leider weit auseinander. Die Ausweitung des weiblichen Handlungsspielraums konnte sich in der heutigen Zeit nicht halten, geschweige denn ausgebaut werden. Aufgrund der schlechten wirtschaftlichen Lage der Landes, die besonders Frauen in Armut treibt, ist an politische Partizipation und den Einsatz für Gleichberechtigung oft nicht zu denken. Vielmehr steigt die Gewalt gegen Frauen rasant an und manifestiert sich in der höchsten Rate an Frauenmorden in Mittelamerika. Die ökonomische Situation verschlechtert sich mit der regionalen Integration El Salvadors durch das Freihandelsabkommen DR-CAFTA mit den USA noch weiter und verschärft soziale Disparitäten. Deshalb ist leider zu erwarten, dass sich in Zukunft die Situation der Frauen in El Salvador weiter verschlechtern wird. Eine nachhaltige Entwicklung hin zu Gleichbehandlung und Emanzipation wird also nur dann möglich sein, wenn sich El Salvador insgesamt, insbesondere ökonomisch, stabilisiert und so das für Verbesserungen notwendige Umfeld schafft.

3. Geschichte des Konflikts



Heute lebt fast die Hälfte der Menschen in El Salvador unterhalb der Armutsgrenze (vgl. UNDP 2006: 293). Das kleinste mittelamerikanische Land ist gleichzeitig das am dichtesten

besiedelte in der Region.¹ Dieser Umstand macht fruchtbares Land zu einem sehr knappen Gut, eine Tatsache, die mit ein Grund für den Bürgerkrieg von 1980 bis 1992 war.

Eine bedeutende Rolle in der Entwicklung dieses Konflikts stellte also die **Landverteilung** in El Salvador und die damit verbundenen Implikationen dar (vgl. Boyce 1995: 2072, del Castillo 1997: 243). Am Ende des 19. Jahrhunderts war das ganze Land im Besitz weniger Personen konzentriert, den so genannten „14 Familien“. Dieser Name wurde ihnen aufgrund der Aufteilung des Landes in 14 Departments zuteil, wobei jedes dieser Departments unter dem Einfluss einer der Familien stand (vgl. Shayne 2004:20).

Die Konzentration des Landes in wenigen Händen brachte Entwicklungen mit sich, die lange die zentralen Konfliktpunkte zwischen den Bevölkerungsgruppen in El Salvador darstellten. Eine dieser Entwicklungen war die Änderung der Landnutzung. Die Großgrundbesitzer spezialisierten sich fast ausschließlich auf die Kaffeeproduktion, wodurch eine Monokultur entstand (vgl. Shayne 2004: 20). Durch die Spezialisierung auf ein Produkt war El Salvador stark von den schwankenden Weltmarktpreisen abhängig, was eine langfristige stabile Entwicklung erschwerte.

Schon in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, entstand die „**Tripple-Allianz**“ zwischen Militär, Staat und Großgrundbesitzern (vgl. Shayne 2004: 20, Stephen 1997: 31). Der Staat wurde von Militärdiktatoren gelenkt, die die Gunst der einzigen wirtschaftlichen Kraft im Land, der kaffeexportierenden Landbesitzer, um nichts in der Welt verlieren wollten (vgl. Stephen 1997: 31).² Der Kaffeeproduktion und damit den Interessen der Großgrundbesitzer wurde deswegen oberste Priorität eingeräumt. Manche Präsidenten waren Militärdiktatoren und Großgrundbesitzer zugleich und konzentrierten somit eine Machtfülle auf sich (vgl. Shayne 2004: 20).

Diesem Machtgewebe stand die **Bevölkerung** fast schutzlos gegenüber. Sie war vorwiegend landlos, da den Indigenen per Gesetz der Landbesitz völlig untersagt worden war,³ und auch dem Rest der Bevölkerung durch Enteignungen zu Gunsten der 14 Familien ihr Land

¹ In El Salvador leben 318 Personen auf einem km². In Nicaragua sind es nur 43 und in Österreich 99.

² Ab den 1930er Jahren fand ein Abdriften der Macht von den Landbesitzern hin zum Militär statt (vgl. Shayne 2004: 21). Diese Entwicklung hielt bis zur Unterzeichnung des Friedensvertrages und damit verbundenen Reformen an, hatte jedoch nur marginale Auswirkungen auf den Großteil der Bevölkerung.

³ 1882 wurde ein Dekret erlassen, welches kommunales Eigentum völlig untersagte. Dieses Gesetz richtete sich gegen die Indigenen, die ihr Land ausschließlich kommunal nutzen. Mit Ende des Jahrhunderts, waren die indigenen Teile der Bevölkerung gänzlich von deren Ländereien vertrieben worden (vgl. Boyce 1995: 2072).

entzogen worden war (vgl. Boyce 1995: 2027, Shayne 2004: 20). Als Resultat der Enteignungen war die besitzlose Landbevölkerung auf Arbeit in den Kaffeeplantagen der Großgrundbesitzer angewiesen (vgl. Boyce 1995: 2027, Shayne 2004: 20). Sie war deshalb wirtschaftlich schwach, ungebildet, abhängig und auch aufgrund der Diktatur ohne nennenswerte politische Einflussnahme. Organisierte Gewalt erschien schon damals nötig um die Besitzverhältnisse aufrecht zu erhalten und gegen das Aufbegehren der besitzlosen Bevölkerung zu agieren (vgl. Boyce 1995: 2073).

Im Jahr **1932** trieb ein Einbruch des Kaffeepreises am Weltmarkt und die fehlende Aussicht auf politische Partizipation Farabundo Martí und seine kommunistische Partei, die er 1925 im Untergrund gegründet hatte, in eine von der Sowjetunion mitfinanzierte Revolution (vgl. Shayne 2004: 21, Stephen 1997: 31). Die Revolution scheiterte, weil Martí mit anderen Revolutionsführern verhaftet wurde und somit die Aufständischen ihrer Führungsspitze beraubt waren. Einige Landarbeiter griffen jedoch unkontrolliert Regierungsstellen und Kaffeelagerstätten an (vgl. Stephen 1997: 31). Der Staat antwortete mit einem Massaker und konnte sicherstellen, dass sich an den herrschenden Besitzverhältnissen nichts änderte. Das Massaker „*la Matanza*“ setzte sich im kollektiven Gedächtnis fest. In diesem kamen etwa 30.000 Menschen, vorwiegend Indigene und Bauern, ums Leben (vgl. Ibáñez 2001: 118, Panos: 1995: 181). Aus Angst vor weiteren Restriktionen unterließen es fortan viele Indigene ihre Kultur auszuüben, was ein Verschwinden vieler Zeichen indigener Kultur in El Salvador zur Folge hatte (vgl. Shayne 2004: 22, Stephen 1997: 31). Spätestens seit diesem Ereignis war jedoch aktiver Widerstand gegen die vorherrschenden Machtstrukturen zu erkennen.

Auch das vom **Kalten Krieg** geprägte weltpolitische Umfeld nahm zunehmend Einfluss auf die sich innerhalb El Salvadors zuspitzende Lage. Auf den Erfolg der Kubanischen Revolution 1959, bei welcher sich bereits Frauen in Führungspositionen befanden (vgl. Luciak 2001: 1), reagierten die USA mit dem Vorhaben, viele lateinamerikanische Staaten in ihr Lager zu ziehen, um sie vom Kommunismus fernzuhalten. Dies wollten sie, neben anderen Methoden, durch die militärische und ideologische Schulung der Militärs und der politischen Elite erreichen, welche sich zu dieser Zeit in Lateinamerika häufig überlappten. So ging auch in El Salvador ab den 1960er Jahren die militärische Elite durch US-Schulen (vgl. Stephen 1997: 32).

Auf dem Weg zum Bürgerkrieg

Die zwei Dekaden vor Kriegsausbruch zeichneten sich durch die Verstärkung der oben genannten Entwicklungen aus. Der Einfluss der USA nahm mit dem Sieg der Sandinisten 1979 im nahe liegenden Nicaragua noch einmal deutlich zu. Die wechselnden Militärdiktaturen ließen weiterhin weder politische noch wirtschaftliche Partizipation zu. Die schlechte gesundheitliche Versorgung, Arbeitslosigkeit und das mangelhafte Bildungssystem erhöhten die Unzufriedenheit und Armut breiter sozialer Schichten (vgl. Stephen 1997: 33). Die Ungleichheit in El Salvador war groß. 1980 verfügten die reichsten 20 Prozent der Bevölkerung über 66 Prozent des nationalen Einkommens und die Ärmsten 20 Prozent nur über 2 Prozent (vgl. Stephen 1997: 33).

Ein Effekt dieser Umstände, der nach dem Bürgerkrieg wieder zum tragen kam, war, dass die Bevölkerung keine Erfahrungen mit Demokratie hatte (vgl. Shayne 2004:19). Die Bevölkerung versuchte nun zunehmend, mittels Bildung von neuen Organisationen eine Verbesserung der Lebensumstände zu erreichen. Die Aktivisten waren schon bald massiven Repressionen von staatlicher Seite ausgesetzt, da die Eliten um ihre Macht und ihren Einfluss fürchteten (vgl. Kampwirth 2004: 88). Die repressive Haltung der Tripple-Allianz stieg bis zum Ausbruch des bewaffneten Konfliktes stetig an. So gerieten bald Mitglieder von Menschenrechtsorganisationen sowie von verschiedensten Interessensvereinigungen und Befreiungstheologen unter den Druck der Diktatoren (vgl. Stephen 1997: 62).

3.1. Wer sind die involvierten AkteurInnen?

Die AkteurInnen im bewaffneten Konflikt in El Salvador standen sich ab 1980 als zwei klar voneinander abgegrenzte Blöcke gegenüber. Auf der einen Seite war die FMLN, die linke Guerilla, auf der anderen Seite der staatliche Apparat, der in seinem Kampf von den USA unterstützt wurde. Erst in der Zeit nach den Friedensabkommen von 1992 kam die UNO als Akteurin hinzu. Sie errichtete eine Sondermission, die ONUSAL, die den Friedensprozess überwachen sollte. ***FMLN: die Guerilla***

Die FMLN - „*Frente Farabundo Martí de Liberación Nacional*“ entstand 1980 aus dem Zusammenschluss fünf links-militanter Organisationen.⁴ Die links-militanten Gruppen hatten sich im Lauf der 1970er Jahre formiert um gegen die wirtschaftlichen und politischen

⁴ Diese waren die FPL-FM (Fuerzas Populares de Liberación-Farabundo Martí), das ERP (Ejército Revolucionario del Pueblo), die FAL (Fuerzas Armadas de Liberación), die RN (Resistencia Nacional) und die PRTC (Partido Revolucionario de los Trabajadores Centroamericanos) (vgl. Luciak 2001:3.)

Ungleichheiten in El Salvador zu kämpfen. Der Name der FMLN geht auf Augusto Farabundo Martí zurück, der den Revolutionsversuch von 1932 anführte. Trotz dessen Scheiterns entwickelte sich ein Heldenmythos um Farabundo Martí, sodass es nahe lag, unter seinem Namen einen zweiten Versuch der sozialistischen Revolution zu vollziehen.⁵

Aufgrund der steigenden Repressionen von staatlicher Seite schlossen sich immer mehr zivile Organisationen der FMLN an, um so die Kräfte für einen neuen Revolutionsversuch zu bündeln (vgl. Shayne 2004: 34). Diese Entwicklung gab der „*Frente*“ immer mehr Bedeutung, und erklärt auch die Heterogenität ihrer Mitglieder. Von Bauern über StudentInnen hin zu städtischen Intellektuellen und christlich engagierten SalvadorianerInnen waren Männer und Frauen jeden Alters vertreten.

Die Gründe sich der FMLN anzuschließen waren vielfältig. So schlossen sich etwa manche SalvadorianerInnen der Guerilla an, um an konkreten Serviceleistungen, wie z.B. der gesundheitlichen Versorgung durch die FMLN, teil haben zu können. Da der Staat kein funktionierendes Gesundheitssystem zur Verfügung stellte, engagierte sich die FMLN auf diesem Gebiet (vgl. Luciak 2001: 71). Andere sahen in der Guerilla schlicht höhere Überlebenschancen, da der Staat und dessen Kampftruppen die zivile Bevölkerung nicht verschont ließ. Eine kleinere Anzahl von SalvadorianerInnen entschloss sich ferner nicht freiwillig zum Beitritt, sondern wurden von der Guerilla zwangsrekrutiert (vgl. Luciak 2001: 69). Hauptgrund für den Beitritt war allerdings der Wunsch nach Kampf gegen die Repression des Staates und für soziale Gerechtigkeit (vgl. Luciak 2001: 69).

Während des Krieges erhielt die FMLN Unterstützung von US-amerikanischen zivilgesellschaftlichen Organisationen sowohl in finanzieller als auch ideeller Hinsicht, insbesondere durch gezielte Finanzierung von Projekten (vgl. Stephen 1997: 65ff., Kampwirth 2004: 106).

Mit dem Friedensvertrag von 1992 wurde die FMLN offiziell als politische Partei anerkannt. Der Prozess der Demokratisierung stellte die hierarchisch aufgebaute FMLN vor eine große Herausforderung. Als problematisch erwies sich insbesondere die schon erwähnte Heterogenität sowie die Durchbrechung der für die militärischen Aktionen notwendig gewesen hierarchischen Strukturen. Die ursprünglich fünf Organisationen aus denen die

⁵ Die FMLN lässt Martí immer noch hochleben:

<http://fmln.org.sv/portal/index.php?module=htmlpages&func=display&pid=1>

FMLN hervorgegangen war, verfolgten teils unterschiedliche Ideologien, die während des bewaffneten Kampfes nur aufgrund eines gemeinsamen Hauptziels, der Beseitigung der Ungleichheiten im Land, zusammengehalten wurde (vgl. Luciak 2001: 101).

„Compañeras“ in der FMLN

Der Anteil an weiblichen „*compañeras*“ in der FMLN war enorm hoch. Mit etwa 40 Prozent war die Beteiligung an der Guerilla so hoch wie in keinem anderen mittelamerikanischen Land.⁶Allerdings waren die Rollen der beteiligten Frauen innerhalb der Guerilla sehr unterschiedlich, da Salvadorianerinnen mit verschiedensten sozialen und wirtschaftlichen Hintergründen Mitglieder der FMLN waren. So nahmen sowohl Hausfrauen, Intellektuelle, Studentinnen als auch Mitglieder von christlichen oder anderen zivilen Organisationen an der Revolution teil. Einige fanden dabei den Weg in die Guerilla über bereits mobilisierte Familienmitglieder und zeigten sich diesen gegenüber solidarisch (vgl. Shayne 2004: 35-36).

Es gibt also nicht „die“ Rolle „der“ Frau in der Guerilla. Eine solche vereinfachte Darstellung würde politische und ideologische Vorstellungen implizieren, die keinen Raum für Gender Bewusstsein und das Streben nach Selbstbestimmung der Frauen lassen (vgl. Panos 1995: 3). Gemeinsam war jedoch fast allen Frauen, wie der Guerilla insgesamt, der Wunsch gegen soziale Ungleichheiten und für eine bessere Zukunft zu kämpfen (vgl. Luciak 2001: 11). Klar wird hiermit, dass das Engagement keinen feministischen Charakter hatte und es nicht um die Befreiung der Frau von dem „*machismo*“ ging (vgl. Kampwirth 2004: 76).

„When organizations emerged, nobody really, very few people, fought for women. All of us women threw ourselves into the struggle for the goals of the people and other goals.“

(Mendez, Lety 1998 zitiert in Shayne 2004:19)

Staat und Militär

Die seit dem späten 19. Jahrhundert existierende „Tripple-Allianz“ (vgl. Shayne 2004: 20, Stephen 1997: 31) war die zur Zeit des Konflikts alles beherrschende Macht. Trotz mehrerer beteiligter Akteure verstand sie es, geschlossen aufzutreten:

⁶ In Nicaragua waren etwa 25-30 Prozent der Mitglieder der FSLN Frauen und in Guatemala waren etwa 25 Prozent der URNG weibliche Mitglieder (vgl. Luciak 2001).

“The Salvadoran army was not merely another institution of the government, but the government itself.”

(Torres-Rivas zitiert in Pampell Conaway and Martínez 2004: 11)

Militante staatliche Unterorganisationen wie ORDEN errichteten in der Bevölkerung ein Netz der Bespitzelung. Den Mitgliedern, die meist aus der ländlichen Bevölkerung rekrutiert worden waren, wurden gegen Informationen über Dorfmitglieder hinsichtlich deren Mobilisierung und Aktionen in der FMLN diverse Vergünstigungen eingeräumt (vgl. Lateinamerikanachrichten 1980 in Tangermann 1981: 134).

Die USA nahmen im Konflikt die Rolle des maßgeblichen Unterstützers und teilweise auch Lenkers der Regierungsseite ein. Um eigene Opfer zu vermeiden und jederzeit möglichst schnell abziehen zu können, sendeten sie jedoch nur wenige US-Militärs nach El Salvador. Ihre Strategie bestand vielmehr darin, die so genannten Todesschwadronen durch Waffenlieferungen und Ausbildung zu unterstützen. Diese Todesschwadronen rekrutierten sich aus regierungstreuen einheimischen Soldaten und hatten die Aufgabe, Regierungsgegner jeder Art auszuschalten. Dabei gingen sie mit besonderer Härte und Brutalität vor. Diese Verhaltensweise war vielen Soldaten in der „**School of the Americas**“ in den USA oder in eigens errichteten Camps in Honduras beigebracht worden (vgl. Gareau 2004: 24, Lievens 1989: 98, Stephen 1997: 32). Die „School of the Americas“ wurde 1946 von den USA gegründet, um lateinamerikanische militärische Kräfte im Kampf gegen den Kommunismus zu schulen und zu bewaffnen (vgl. Gareau 2004: 23).

3.2. Wie verläuft der Konflikt?

Der Bürgerkrieg forderte das Leben von über 70 000 Menschen und zwang etwa ein bis 1,5 Millionen zur Flucht (vgl. Luciak 2001: 32, Stephen 1997: 30).⁷ Die Not der Bevölkerung war groß und stellte den Hauptgrund für den durch die Auflehnung verursachten Bürgerkrieg dar. So war die Landverteilung, wie oben schon beschrieben, in den 1980er Jahren enorm polarisiert: Die Großgrundbesitzer, die ein Prozent der Bauern ausmachten, besaßen 71 Prozent des Landes, während 41 Prozent der Kleinbauern nur 10 Prozent des gesamten landwirtschaftlich nutzbaren Landes besaßen. Die Lebenserwartung betrug nur 58,8 Jahre, und die Arbeitslosenrate in der Stadt lag bei 50 auf dem Land bei 71 Prozent (Barry 1990 zitiert in Stephen 1997: 33).

⁷ Die Zahlen über Tote und Flüchtlinge schwanken je nach Quelle zwischen 70 000 bis 80 000 Tote, Torres-Rivas (1997: 226) spricht sogar von 100 000 Toten.

Der Militärdiktatur war das Leid der Bevölkerung sowie die daraus resultierende Gefahr von Aufständen durchaus bewusst. Um Mobilisierung und Auflehnung zu verhindern war schon Anfang der 1980er Jahre durch systematische Morde und Entführungen ein „Klima der Gewalt und Repression“ geschaffen worden (vgl. CIDH 1994). In vielen Fällen verursachten die Repressionen jedoch den gegenteiligen Effekt und erhöhten den Mobilisierungsgrad der Bevölkerung und förderten letztendlich auch den Zusammenschluss ziviler Organisationen zur FMLN. Einen Höhepunkt der Repression stellte die Ermordung des Erzbischofs von San Salvador, Oscar Romero, durch die Todesschwadronen dar. Romero war das geistige Oberhaupt der Befreiungstheologie und damit auch ideologischer Führer breiter Teile der armen Bevölkerung in der Guerilla. Aufgrund dieser Rolle geriet er ins Visier der Regierung (vgl. Shayne 2004: 23). Beim Begräbnis Romeros ging abermals Gewalt von der Regierung aus: die Trauernden wurden bombardiert (vgl. Boyce 1995: 2073). Im Bericht der Wahrheitskommission wurde belegt, dass nicht nur der Staat seine Erlaubnis für die Ermordung des Geistlichen gab, sondern, dass auch die Planer und Vollzieher des Mordes mit Hilfe der USA ungestraft blieben (vgl. AI 2001: 10).

Im Jahre 1981 ging die FMLN in die Offensive und griff San Salvador an. Sie vermochte jedoch nicht die Militärdiktatur zu stürzen. Dieser militärische Angriff war der Auftakt des nun folgenden zwölfjährigen Bürgerkrieges.

1984 wurde José Napoleón Duarte von der PDC, der christlich demokratischen Partei (*Partido Democrático Cristiano*), zum Präsidenten gewählt. Die Wahlen kamen allerdings nicht durch eine Vereinbarung der sich im Konflikt befindlichen Parteien zu Stande, sondern wurden auf Druck der Reagan Administration durchgeführt. Da die Wahlen während des Bürgerkrieges stattfanden waren sie allerdings nicht frei und auch der knappe Sieg Duartes über einen Kandidaten der ARENA war hauptsächlich Ergebnis der großen US-amerikanischen Unterstützung für „ihren“ Kandidaten (vgl. Burgerman 2006: 253). Die USA wollten dem Krieg ein Ende setzen und drängten Duarte 1984, Friedensverhandlungen zwischen der FMLN und der Regierung zu führen. Diese blieben aber ohne nennenswerte Erfolge. Ebenso scheiterte auch sein Versuch eine Landreform durchzusetzen (vgl. Luciak 2001: 37). Erst 1987 wurden wieder Friedensverhandlungen aufgenommen, die aber bis 1992 nicht erfolgreich verliefen (vgl. Burgerman 2006: 253).

Gegen Ende des Bürgerkrieges im Jahr **1989** wurde die Partei ARENA, die von reichen Landbesitzern gegründet worden war, Regierungspartei. Sie übernahm die Macht und spielte nicht nur in der gesamten Nachkriegszeit eine wichtige politische Rolle, sondern ist heute noch stimmenstärkste Partei. Auch haben die USA heute noch großen Einfluss in El Salvador.

Im selben Jahr startete die FMLN eine zweite Offensive und nahm diesmal große Teile San Salvadors ein, konnte diese aber aufgrund fehlender Unterstützung in der Bevölkerung nicht lange halten (vgl. Luciak 2001: 37). Die Bevölkerung war nämlich nach vielen Jahren des Kampfes kriegsmüde geworden. So wurde in den letzten Jahren des Krieges immer deutlicher, dass es auf militärischem Weg keine Gewinner geben konnte, aber auch keine der Parteien nachgeben wollte. Aus diesem Grund waren die Jahre 1989 bis 1991 durch einen „Krieg mit Verhandlungen“ geprägt (vgl. Luciak 2001: 37).

Friedensverträge

Als Resultat dieser Verhandlungen wurden schließlich im Jahre 1992 in Chapultepec Friedensverträge zwischen der FMLN und der Regierung unterzeichnet.⁸ Für die FMLN verhandelten drei Frauen die führende Positionen in der Guerilla innehatten. Auch in den folgenden Verhandlungen waren Frauen vertreten (vgl. Pampell Conawy, Martínez 2004:15).⁹ Die beteiligten VerhandlerInnen setzten sich allerdings nicht für genderspezifische Themen in den Friedensverträgen ein. Auch blieben Frauen trotz ihres Einsatzes im Bürgerkrieg in den Verträgen völlig unerwähnt (vgl. Shayne 2004: 46). Reintegrationsprogramme, die auf die Situation und Bedürfnisse der Frauen abgestimmt gewesen wären, wurden ebenso wenig vereinbart.

Die Friedensverträge waren ein neuerlicher Versuch die Gesellschaft zu reformieren (vgl. Kampwirth 2004: 81). Es wurde die Demobilisierung der bewaffneten Gruppen, die Trennung von ziviler Polizei und Militär, Reformen im Wahl- und Rechtssystem, die Legalisierung der FMLN als Partei sowie soziale und wirtschaftliche Reformen beschlossen (vgl. Spencer 1997: 36). Die UNO errichtete zudem eine Sonderkommission, die ONUSAL, um das Einhalten der Friedensverträge zu überwachen.

⁸ Die Friedensverträge waren ein Teil der Bestrebungen in Mittelamerika Frieden zu schaffen. Der heutige costaricanische Präsident Oscar Arias setzte sich mit dem nach ihm benannten Ariasplan für Waffensammlungen, Truppenreduktionen und für den Dialog vor allem in Nicaragua, Guatemala und El Salvador ein (vgl. Luciak 2001: 35, Spencer 1997: 7).

⁹ Nidia Díaz, Lorena Peña und Ana Guadalupe

Von den vereinbarten Reformen wurden allerdings nur wenige tatsächlich umgesetzt, unter ihnen die Demobilisierung und Schaffung einer zivilen Polizei. Reformen im Staatswesen sowie wirtschaftliche und soziale Reformen blieben aus. Außerdem war der Wiederaufbau El Salvadors gespalten. Es fehlte eine Koordination der wirtschaftlichen Entwicklung, die von IWF und Weltbank geleitet wurde, und dem von der UNO geführten Friedensprozess (vgl. Boyce 1995: 2068). So konnten die Friedensverträge die grundlegenden Probleme in der Gesellschaft nicht lösen (vgl. Luciak 2001: 61).

Kriegspraktiken

Der Bürgerkrieg in El Salvador zeichnete sich durch ein sehr hohes Maß an Gewalt aus. So beschreibt die Interamerikanische Kommission für Menschenrechte die Zeit vor und während des bewaffneten Konfliktes als ein „Klima des Terrors“ und spricht von „struktureller Gewalt“ (vgl. CIDH 1994) in El Salvador.

Eine gängige Taktik neben den zahlreichen Ermordungen war das „Verschwinden lassen“ von Regimegegnern oder deren Kindern.¹⁰ Dieses Mittel der Repression und des Terrors wurde auch in anderen lateinamerikanischen Staaten in Zeiten von Militärdiktaturen, wie etwa in Argentinien, angewandt, und ist unter dem Namen der „*desaparecidos*“ bekannt. Es ist schwierig, genaue Zahlen über die Verschwundenen zu finden. Die Schätzungen liegen bei über 7 000 „*desaparecidos*“ (vgl. Stephen 1997: 30). Bei dieser Art der Repression ist neben der entführten Person selbst auch die ganze Familie, allen voran die Mutter, enormem psychischen Druck ausgesetzt. Viele der verschwundenen Kinder konnten bis heute nicht gefunden werden.

Vergewaltigungen

Vergewaltigungen waren im Bürgerkrieg von El Salvador eine gängige Form der Gewalt, die sich vorwiegend gegen Frauen richtete. Sie wurde vom Militär und den staatlichen „Sicherheitskräften“ als Form der Folter und Erniedrigung gesehen und dementsprechend angewandt (vgl. Stephen 1997: 45). Die Vergewaltigung einer Frau wurde als Attacke oder Schwächung der Bewegung gesehen, für die diese Frau stand (vgl. Panos 1995:8). Opfer von Vergewaltigungen mussten die Attacke nicht nur physisch sondern auch psychisch ertragen.

¹⁰ Heute gibt es eigene NGOs in El Salvador, die es sich zu Aufgabe gemacht haben, verschwundene Kinder wieder zu finden. Meistens wurden diese Kinder an reiche salvadorianische Familien oder Familien im Ausland verkauft. Siehe zum Beispiel: Asociación Pro-búsqueda de Niñas y Niños Desaparecidos: <http://www.probusqueda.org/>

So wurden vergewaltigte Frauen, wie in vielen anderen Ländern auch, von deren Familie verstoßen (vgl. Stephen 1997: 47). Durch die streng katholische Gesellschaft wurden zudem extreme Schamgefühle gefördert. Besonders schlimm waren deshalb die Vergewaltigungen, bei denen die Opfer entjungfert wurden (vgl. Ibáñez 2001: 125).

Über Vergewaltigungen von Männern wird in der Literatur wenig berichtet. Es scheint aber Fälle gegeben zu haben. Vergewaltigungen waren also eine Form der geschlechtsspezifischen Gewalt, die auch in anderen Formen praktiziert wurde. So wurden Frauen als Folter die Brüste oder Schamlippen verstümmelt oder ganz abgeschnitten (vgl. z.B.: Stephen 1994:79-80).

Arten und Ziele weiblicher Mobilisierung

Frauen hatten sich schon am Revolutionsversuch von 1932 aktiv beteiligt (vgl. Stephen 1997: 67). Bei dieser Beteiligung waren schon Charakteristika zu erkennen, die bis zum Ende des bewaffneten Konfliktes bei jeder Art der Mobilisierung von Frauen sichtbar wurden. Willens, die miserablen Lebensumstände zu ändern, beteiligten sich Frauen an zivilen Organisationen, die die Lebenssituation der Bevölkerung zu verbessern suchten. Diese Organisationen verfolgten vorwiegend praktische Ziele, wie etwa die Alphabetisierung (z. B.: ab 1965 ANDES – *Asociacion Nacional de Educaores Salvadoreños*), die Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Marktfrauen (z. B.: ab 1978 ASUTRAMES - *Asociación de Usarias y Trabajadoras de los Mercados*) und die Aufklärung von Menschenrechtsverletzungen sowie des Verschwindens linker AktivistInnen durch staatliche Aktionen (z. B.: ab 1977: Co-MADRES) (vgl. Aguilar und Vogel 1983:195-196, Stephen 1997: 44, Shayne 2004: 29). Diese Organisationen und die darin aktiven Frauen waren also noch nicht feministisch ausgerichtet. Sie setzten sich vielmehr für die Verbesserung der Lebenssituation der ganzen Gesellschaft ein. Diese rein praktischen Ziele ließen sich in der Zeit des Bürgerkrieges mit dem größeren Ziel der Revolution und somit auch den Ansichten der FMLN, die für feministische Ansätze zu dieser Zeit keinerlei Verständnis hatte, problemlos vereinbaren (vgl. Stephen 1997: 2). Die Befriedigung der Grundbedürfnisse und der Sieg über die Diktatur erschienen wichtiger als die Erreichung feministischer Ziele (vgl. Luciak 2001:14).

Gegen Ende des Bürgerkriegs formierten sich jedoch Unterorganisationen innerhalb der FMLN, die sich genderspezifischen Themen widmeten. Wie in Nicaragua und Guatemala gingen also auch in El Salvador feministische Organisationen von der linken Revolutionsbewegung, also der FMLN, aus (vgl. Luciak 2001: 213). Meist waren solche Frauen die treibende Kraft in der Durchsetzung von Frauenrechten, die gewisse Zeit im

Ausland verbracht und dort Kontakt zu feministischen Gruppierungen gehabt hatten (vgl. Luciak 2001: 14). Insbesondere in Nikaragua und in Mexiko waren nämlich zu diesem Zeitpunkt schon feministische Bewegungen aktiv.

Erst mit Ende des Bürgerkrieges und der schwierigen Loslösung der Unterorganisationen von der FMLN, die unten am Beispiel der DIGNAS noch erläutert wird, wurden NGOs gegründet, die sich ausschließlich Frauenrechten widmeten (vgl. Kampwirth 2004: 86-87). Im Zuge der Wahlen 1994 gründeten verschiedene Frauenorganisationen die Plattform „*mujer '94*“ um deren Anliegen politisch zu realisieren (vgl. Shayne 2004:50).

Während der ersten Jahre der Neunziger, also schon nach Unterzeichnung der Friedensverträge wurden die vielen neu entstandenen Frauenorganisationen und deren Forderungen von der männlich dominierten Politik noch sehr ungern gesehen. Deswegen waren Aktivistinnen immer wieder Drohungen der rechten Regierungen ausgesetzt, die auch vor der Ermordung linker Feministinnen nicht zurückschreckten (vg. Kampwirth 2004: 97).

Las DIGNAS (mujeres por la dignidad y la vida)

Die Organisation „*Las DIGNAS*“ - die Würdigen, Frauen für die Würde und das Leben – wurden 1990 während der letzten Phase des Kriegs von FMLN Mitgliedern wie, z. B. Morena Herrena, gegründet. Morena Herrena hatte in der FMLN eine Führungsposition inne. Ihre Motivation eine Organisation zur Wahrung der Frauenrechte zu gründen bestand darin, sich gegen erlebte Diskriminierung zu wehren. Andere Mitgründerinnen hatten, wie oben erwähnt, bereits Erfahrungen mit feministischer Ideologie und Organisation im Ausland gesammelt und konnten diese auf dem neuen Terrain im Land gut einsetzen. Die Unterordnung von Frauen in Partei und Gesellschaft sollte gemeinsam reflektiert werden (vgl. Kampwirth 2004: 83). Es wurden also ganz klare strategisch feministische Ziele verfolgt, was eine Neuerung nicht nur innerhalb der FMLN sondern auch in El Salvador darstellte.

Die Loslösung der „*Dignas*“ von der FMLN gestaltete sich schwierig. Die jungen Feministinnen wurden von Parteimitgliedern ins Abseits gedrängt und wegen ihrer Ideen gehänselt (vgl. Kampwirth 2004: 83, vgl. Shayne 2004:52). Auch gab es für die Bewegung weder politische noch wirtschaftliche Unterstützung, da den meisten Mitgliedern der FMLN jede Art von Gender Bewusstsein fehlte und die Männer der Partei ihren Einfluss gefährdet sahen (Interview Morena Herrena in Stephen 1997: 104). Dennoch waren die Loslösung von der FMLN und die Etablierung einer eigenständigen Organisation erfolgreich.

Die DIGNAS leisten noch heute einen wichtigen Beitrag für die salvadorianische Gesellschaft. Sie informieren in frauenspezifischen Bereichen wie Mutterschaft, Gesundheit, sexueller Aufklärung und setzen sich für Gender Bewusstsein und Gerechtigkeit in der Gesellschaft ein. Sie betreuen Frauen, die Opfer von Gewalt und sexueller Gewalt geworden sind und erstellen Studien und Datenbanken zu frauenspezifischen Themen.¹¹

4. Welche Auswirkungen haben die Ereignisse auf die Institutionen?

Kulturell geprägte Geschlechterrollen haben in El Salvador starken Einfluss auf nahezu alle Lebensbereiche. Sie beruhen, wie in weiten Teilen Lateinamerikas, auf dem *Machismo*, der das männliche Handeln auf ökonomischer, sozialer und politischer Ebene hochwertiger als jenes der Frauen darstellt. Mittels dieser Prägung werden soziale und politische Praktiken wie häusliche Gewalt und politische Diskriminierung der Frauen legitimiert.

Die Stereotypisierung der Frau findet in Lateinamerika auf Grundlage des so genannten „*marianismo*“ statt. Dieser Begriff leitet sich von der heiligen Maria ab und zeigt mithin auch den starken Einfluss der katholischen Kirche auf die Geschlechterrollen. Der „*marianismo*“ beschreibt Frauen als von einem Mann abhängige Person, der je nach Lebenssituation der Vater, der Ehemann oder ein anderer Verwandter sein kann (vgl. Stephen 1997: 35). Frauen gelten in der Vorstellung des „*marianismo*“ zwar als moralisch überlegen, haben sich jedoch den Entscheidungen und Gefühlen der Männer unterzuordnen.

Die zentrale Funktion von Frauen ist dieser Ansicht nach die Mutterschaft, der reproduktive Bereich sowie sich um das Wohl der Männer zu kümmern (vgl. Craske 1999: 12, Stephen 1997: 35). Entspricht eine Frau nicht diesen Zuschreibungen, wird sie schnell verurteilt und als egoistisch, Hure oder Rabenmutter gesehen (vgl. Stephen 1997: 35).

Auf dieser Grundlage basiert auch in El Salvador die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung. Frauen wird von der Gesellschaft der reproduktive, private und damit meist unbezahlte Bereich zugewiesen. Hausarbeit, Nahrungsversorgung und Pflege der Kinder, Alten und Kranken werden so gut wie ausschließlich von Frauen übernommen. Dieser Bereich genießt nicht nur weniger Ansehen als der der Männer, sondern wird in der Gesellschaft meist gar nicht gesehen und erscheint so unsichtbar.

¹¹ Mehr unter www.lasdignas.org

In Politik und Wirtschaft, Bereiche, die Männern zugeschrieben werden, wurde Frauen lange der Zugang verwehrt. Auch heute ist es immer noch schwer für Frauen in diese Domänen vorzudringen. Frauen begründen in El Salvador meist nur die Grundlage für das Agieren der Männer in der Öffentlichkeit und machen durch ihre Rückendeckung ein solches erst möglich. Die Dichotomie zwischen Mann und Frau zieht sich durch alle Bereiche des Lebens in El Salvador, ob öffentlich oder privat (vgl. Craske 1999: 10, Stephen 1997: 7).

Status und Ansehen der Ex- KombattantInnen

Das Ansehen von Ex-KombattantInnen in der Gesellschaft findet vor dem Hintergrund dieser Geschlechtervorstellungen statt. So wurden Ex-Kombattantinnen in der Nachkriegszeit als schlechte Mütter gesehen, die ihre Selbstverwirklichung im Kampf gegen die sozialen Ungleichheiten dem Muttersein vorgezogen, und sich somit der Verantwortung für die Familie entzogen haben (vgl. Luciak 2001: 30). Männer hingegen wurden als Helden bezeichnet, die sich für die Gesellschaft und ihre Familie im Kampf gegen die Repressionen des Staates in Gefahr brachten, um eine bessere Zukunft für alle zu sichern (vgl. Luciak 2001: 30). Die gleiche Stigmatisierung der Frauen findet bei der Beurteilung der EmigrantInnen statt, die mit ihren Überweisungen aus dem Ausland die Familien in El Salvador unterstützen. Die geschlechtsspezifische Beurteilung gleicher Handlungen stellt eine Abwehrreaktion der Männer dar, die ihre Vormachtstellung im öffentlichen Bereich durch Frauen gefährdet sehen.

4.1. Soziale und kulturelle Institutionen

Obwohl sich während des Krieges der Tätigkeitsbereich von Frauen teilweise ausweitete, kann man weder von einer Emanzipation durch die Teilnahme am bewaffneten Konflikt noch von einem Aufbrechen der Geschlechterrollen sprechen. Es gibt allerdings unterschiedliche Auffassungen über die Gleichberechtigung von Frau und Mann in der FMLN während der Zeit des Krieges. Eine Minderheit sieht eine Gleichberechtigung als gegeben an:

„Perhaps because of the comradeship, we felt that in the struggle men and women were equal, and that we all had the same capacities.”

(Sandra, ex-combatant im Interview in: Best und Hussey 1996: 82)

Während die große Mehrheit die Situation als nicht gleichberechtigt ansieht:

“After joining the FMLN, female combatants were confronted with traditional gender views. “

(Luciak 2001: 11)

Die unterschiedlichen Ansichten über die Geschlechterrollen während des Kriegs beruhen auf der Ausweitung des Handlungsbereichs der Frauen. Weibliche Guerillamitglieder übernahmen Funktionen, die sie in der Zeit vor 1980 noch nicht ausgeübt hatten. Diese wichtige Entwicklung ließ einige AutorInnen auf Gleichberechtigung schließen. Nach dem Krieg wurden allerdings die alten Strukturen wiederhergestellt.

„Although there were important changes in gender relations [during the war], on the whole, the subordination of women prevalent in prewar society continued.“

(Luciak 2001: 10)

Der Wiedereintritt in den Alltag und in die traditionellen Geschlechterrollen nach dem Krieg war weder für Frauen noch für Männer leicht zu bewältigen. Frauen hatten während des Krieges die Erfahrung gemacht, dass sie sich nicht unhinterfragt unterordnen mussten und dass sie zu weit mehr fähig waren, als ihnen von männlicher Seite bisher zugetraut worden war. Denn selbst wenn sie wieder in die alten Geschlechterrollen zurück gedrängt wurden, gewannen doch einige Frauen Selbstvertrauen und Kampfgeist, sich für ihre Emanzipation einzusetzen (vgl. Weiss Fagan 2000: 7). Dies zeigt auch die beinahe explodierende Zahl an Frauenorganisationen in der Nachkriegszeit.

Männer hingegen versuchten wie schon zu Kriegszeiten die Geschlechterrollen aufrecht zu erhalten. Die Übernahme von Positionen in der Guerilla, die Frauen eigentlich laut „machistischer“ Sicht nicht zustanden, wurde nur durch den vom Krieg bedingten Ausnahmezustand gerechtfertigt. Auch wurden Leistungen der Frauen nicht wie die von Männern gewürdigt. Denn nach Ansicht der meisten männlichen Kollegen meisterten Frauen die Aufgaben nicht so gut, wie Männer es getan hätten.

Familie und Mutterschaft

Trotz des starken katholischen Einflusses war die Form der Familie in El Salvador nie ausschließlich an das klassische Familienbild gebunden. Dies lag vor dem Krieg daran, dass sowohl Männer als auch Frauen oft ErntehelferInnen waren, somit häufig den Arbeitsplatz wechselten und nur selten zu Hause waren. Allerdings war noch am ehesten in der Vorkriegszeit in den ländlichen Bereichen die Kernfamilie existent, was seine Gründe in ökonomischen Gegebenheiten hatte. Wenn sich nämlich die Familie durch Subsistenzwirtschaft versorgte, waren alle Familienmitglieder in die landwirtschaftliche Arbeit eingebunden (vgl. Ibáñez 2001: 119). Während des Krieges war die klassische Kernfamilie aufgrund der sich bewegenden Truppen und der hohen Zahl an menschlichen Verlusten nicht der Regelfall. Auch in der Nachkriegszeit waren viele Familien durch die

hohe Zahl der Toten zerrüttet (vgl. Luciak 2001: 85). Heute ist es die hohe Zahl an EmigrantInnen, meist Väter, die die Familienstrukturen verändert. Ebenso führte die steigende Zahl an Single-Haushalten in den Städten, 1993 betrug ihre Anteil bereits 20 Prozent, zu neuen Lebensformen (vgl. Luciak 2001: 84).

Mutterschaft und Pflege ist im klassischen Geschlechterverhältnis eine Kernkompetenz der Frau.

„A woman could be forgiven anything except not bearing children”

(Ibáñez 2001: 120)

Während des Krieges war Mutterschaft meist ein heikles Thema. In der Guerilla waren Kleinkinder je nach aktueller Kriegslage nicht gerne gesehen oder gar verboten. Mütter, die sich an der Guerilla beteiligen wollten, mussten daher dafür sorgen, dass sich jemand anderer ihrer Kinder annahm. So wurden sie entweder in Flüchtlingslager gebracht oder in die Obhut anderer, nicht direkt an den Kriegshandlungen beteiligter Familienmitglieder, gebracht. War dies nicht möglich, verließen viele Mütter entweder die Guerilla (vgl. Lievens 1989: 94) oder in Extremfällen kam es auch zur Ermordung der Neugeborenen (vgl. Ibáñez 2001: 121). Frauen in Führungsrollen innerhalb der FMLN gerieten außerdem unter enormen Druck, wollten sie ihren mütterlichen Verpflichtungen nachgehen (vgl. Luciak 2001: 12). Hatten sie einmal eine Führungsposition inne, mussten sie, wie später noch genauer erläutert wird, ihr soziales Verhalten dem der Männer anpassen, um zu bestehen. Sie konnten somit ihrem Mutterdasein nicht entsprechen.

Kinder waren andererseits oft Teil der Motivation, in den Krieg zu ziehen. Für sie sollte eine bessere Zukunft erkämpft werden. Die Beziehung zu den Kindern, auch wenn sie über die Ferne geschehen musste, galt als eine wichtige Konstante im Leben einer Kriegsbeteiligten (vgl. Ibáñez 2001: 122). Nach dem Krieg war das Wiedersehen mit den eigenen Kindern aber oft schwierig, da meist lange Jahre der Trennung zwischen Mutter und Kind standen (vgl. Ibáñez 2001: 127).

Heute ist die freie Entscheidungsmöglichkeit darüber, ob eine Frau Kinder bekommt oder nicht eine Forderung vieler Frauenorganisationen in El Salvador. Durch das Verbot der therapeutischen Abtreibung 1998 wurden die Rechte der Frauen weiter beschnitten.

Bildung

Bildung ist einer der grundlegenden Faktoren zu einem selbst bestimmten Leben und ist somit für die Entwicklung der Frau unerlässlich.

In der Zeit vor dem Krieg existierte ein großer Unterschied im Bildungsgrad sowohl zwischen armer und reicher Bevölkerung als auch zwischen Männern und Frauen. Die Bildungspolitik war so ausgerichtet, dass es eine kleine, gut ausgebildete Gruppe von Fachkräften für den kleinen Industriesektor des Landes gab, aber auch immer noch genug billige Arbeitskraft für die Arbeit in der Landwirtschaft vorhanden war (vgl. Jeria 1998: 97). Es herrschte also kein politisches Interesse, breite Schichten der Bevölkerung auszubilden (vgl. Jeria 1998: 97). Dies ist an den Ausgaben für Bildung zu erkennen: 1991 waren lediglich 1,8 Prozent des BIP für Ausgaben im Bildungsbereich vorgesehen (vgl. UNDP 2006: 346).

Bildung beschränkte sich meist auf Alphabetisierungskampagnen von NGOs, die häufig von Frauen ausgingen (wie etwa ab 1965 die ANDES- *Asociación nacional de educadores salvadoreños*, die zu 90 Prozent aus Frauen bestand). Zu Kriegszeiten wurden diese im Rahmen der Guerilla verstärkt durchgeführt. Frauen kamen so vermehrt in den Genuss von Bildung, vor allem jedoch wurden sie alphabetisiert. Dies vollzog sich entweder im Rahmen der FMLN oder in Flüchtlingslagern. Von dieser Perspektive aus betrachtet, brachte der Krieg Vorteile für die Bildung von Frauen mit sich, die bis in die Nachkriegszeit anhalten sollten.

Der Unterschied zwischen Männern und Frauen im Alphabetisierungs- und Bildungsgrad hat sich deswegen während der letzten 30 Jahre stetig verringert. So lag die AnalphabetInnenrate nach dem Krieg nur noch bei etwa 30 Prozent, wobei 79 Prozent der Frauen und 86 Prozent der Männer lesen und schreiben konnten. Diese Zahlen veränderten sich bis zum heutigen Zeitpunkt nur leicht. Lediglich der Anteil der AnalphabetInnen, der unter 15 Jährigen hat sich verbessert. Er liegt bei zwölf Prozent, wobei keine geschlechtsspezifischen Daten vorliegen (vgl. UNDP 2006).

Ein Stadt-Landgefälle ist nach wie vor klar zu erkennen: In Städten leben nur etwa 10 Prozent AnalphabetInnen wohingegen die Quote am Land noch bei 30 Prozent liegt.¹² Frauen in ländlichen Regionen verfügen meist über weniger Bildung und haben mehr Kinder (vgl. PNUD 2005: 59). Die meisten Berufe von Frauen sind auch heute noch weitgehend von den traditionellen Geschlechterrollen geprägt. Es handelt sich um Berufe wie Krankenschwester oder Lehrerin (vgl. PNUD 2005: 58). Diese Einteilung blieb nicht nur während sondern auch nach dem Krieg erhalten.

Insgesamt konnte im Lauf der letzten zehn Jahre der Anteil der Mädchen und Frauen, die eine Ausbildung begannen, angehoben und dem Niveau der Burschen und Männer angenähert werden (vgl. PNUD 2005: 54). Allerdings wird ihrer Ausbildung weniger Stellenwert als der der männlichen Familienmitglieder beigemessen. Mädchen müssen daher die Ausbildung

¹² <http://www.lasdignas.org/index.php?categoria=1028> [23.07.2007]

abbrechen, wenn die ökonomische Situation der Familie eine Ausbildung aller Kinder nicht zulässt.

Gesundheit

Die FMLN errichtete während der Kriegszeiten ein für die Verhältnisse recht gut funktionierendes Gesundheitssystem, welches den Grund mancher SalvadorianerInnen darstellte, sich der Guerilla anzuschließen (vgl. Luciak 2001: 71). Nach dem Bürgerkrieg war die gesundheitliche Versorgung der Bevölkerung erneut sehr schlecht. Große Teile der SalvadorianerInnen litten physisch und psychisch unter den Folgen des Krieges (vgl. Luciak 2001: 6) und Traumatisierungen wurden kaum behandelt.

Heute ist die Privatisierung des Gesundheitssystems der Hemmschuh einer Versorgung aller, wobei besonders häufig ärmere Frauen unterversorgt bleiben (vgl. Elías Marroquín; Reyes Regalado 2005: 5). Viele Leistungen werden nur gegen Bezahlung angeboten, was ärztliche Behandlungen für ärmere Familien unerschwinglich werden lässt. Besonders Frauen - NGOs gehen dagegen vor und setzen sich für eine flächendeckende Versorgung ein. Gerade die Wahrung der sexuellen und reproduktiven Rechte ist nicht gesichert und es herrscht Mangel an medizinischen Einrichtungen, in der Aufklärung über die Rechte der Frauen und im Bereich der gesundheitlichen Prävention (vgl. Elías Marroquín; Reyes Regalado 2005: 16).

Zwei Punkte sind im Bezug auf die Wahrung der reproduktiven und sexuellen Rechte besonders hervorzuheben. Der eine ist die hohe HIV/Aids Rate in El Salvador, die durch Unwissenheit, also der Nichtaufklärung über die sexuellen und reproduktiven Rechte entsteht (FESAL 2003). Der andere ist das Verbot der therapeutischen Abtreibung seit 1998. Dieses Verbot ist ein massiver Eingriff in die persönlichen Rechte der Frau.

Gewalt gegen Frauen

Gewalt speziell gegen Frauen hat in El Salvador eine lange Geschichte, die eng mit dem „*machismo*“ und den vorherrschenden Vorstellungen über die Rollen der Geschlechter verbunden ist. Diese Vorstellungen änderten sich auch im Krieg nicht, so dass vor allem sexuelle Gewalt gegen Frauen häufig war und meist unbestraft blieb (vgl. Luciak 2001: 15). Gewalt wurde nach dem Krieg durch Armut, Arbeitslosigkeit und Frustration verstärkt. So neigten Männer nach dem Krieg eher zu Depressionen und Alkoholismus, was die Gewaltbereitschaft weiter erhöhte (vgl. Ibañez 2001: 128). Auch von nicht in die Gesellschaft

integrierten, ehemaligen Kämpfern geht ein hohes Maß an Gewalt aus (vgl. Boyce 1995: 2074).

Häusliche Gewalt, die den größten Anteil an Gewalt gegen Frauen darstellt (vgl. PNUD 2005a: 86), wurde lange als private Angelegenheit behandelt, in die sich niemand einzumischen hatte. Noch 2005 war die Hälfte aller Salvadorianer überzeugt, es wäre normal, dass der Ehemann seine Frau schlägt (vgl. CCPDH; IIDH 2006: 26). El Salvador hat immer noch die zweithöchste Rate an häuslicher Gewalt in Lateinamerika. Die Interamerikanische Kommission für Menschenrechte spricht von einem „Klima der Gewalt gegen Frauen“ (vgl. CCPDH; IIDH 2006: 45). Seit 1996 gibt es immerhin ein Gesetz, dass innerfamiliäre Gewalt unter Strafe stellt. Allerdings kommt dieses viel zu selten zum Einsatz, da es aufgrund verschiedenster Gründe, wie Angst, wirtschaftlicher Abhängigkeit, fehlendem Vertrauen in die Institutionen oder fehlendem Wissen über rechtliche Möglichkeiten nur selten zur Anzeige kommt (vgl. Molina 2002 zitiert in PNUD 2005a: 86).

Gewalt äußert sich ferner in weiten Teilen Lateinamerikas, so auch in El Salvador, nicht nur in physischer, psychischer und sexueller sondern auch in **struktureller Form**. Aus diesem Grund weisen auch Daten und Statistiken zu geschlechtsspezifischer Gewalt je nach Urheber enorme Unterschiede auf. Verzerrungen der Statistiken treten auch bei den Frauenmorden auf, die von staatlicher Seite oft als „normale“ Morde gewertet werden, aber Ausdruck der Gewalt speziell gegen Frauen sind. Deswegen wird auch nicht zwingend nachgeforscht, ob das Opfer sexuell misshandelt wurde (vgl. CCPDH; IIDH 2006: 150, ORMUSA 2005: 5).

Das Ausmaß der geschlechtsspezifischen Gewalt, äußert sich auch in den hohen Zahlen dieser Frauenmorde, die in El Salvador im mittelamerikanischen Vergleich prozentuell gesehen am höchsten sind. Zudem steigen die Zahlen stetig. Im Jahr 2001 wurden 211 Frauen ermordet, während es im Jahr 2005 schon 390 waren (vgl. CCPDH; IIDH 2006: 46, 61). Frauenmorde werden **„femicidio“** genannt, was sich von **„homicidio“**, der Mord, ableitet. Der eigenständige Begriff zeigt, dass Frauenmorde und Gewalt gegen Frauen aufgrund bestimmter Vorstellungen von Geschlechterrollen in der Gesellschaft basieren. Eine Folge ist, dass Gewalt gegen Frauen häufig unbestraft bleibt (vgl. Carcedo 2001 zitiert in: ORMUSA 2005: 3).¹³

¹³ Ungestrafte Gewalt gegen Frauen geht auch von den **„maras“**, den Jugendbanden in Form von physischer psychischer und vor allem sexueller Gewalt in El Salvador aus (vgl. Carranze o. A.: 18). Deren Zusammenschlüsse ersetzen ihnen oft die eigenen Familien. Der Staat geht mit einer Härte gegen diese **maras** vor, die grundlegende Menschenrechte der Jugendlichen missachtet.

Sie wird als normal angesehen und oft werden die Opfer sogar diffamiert und als eigentliche Schuldige oder Urheberinnen des Verbrechens dargestellt. Gewalt gegen Frauen findet also nicht nur im innerfamiliären Bereich statt, sondern geht weit über diese Grenzen in den gesellschaftlichen Bereich hinaus.¹⁴

Religion und Befreiungstheologie

Die katholische Kirche hat nach wie vor großen Einfluss in El Salvador. 85 Prozent der Bevölkerung sind Katholiken. Die Vorstellungen der Kirche prägen weiterhin maßgeblich die Gesellschaft und somit auch die Geschlechterverhältnisse.

Die sogenannte Befreiungstheologie nahm in der Zeit vor und während des Bürgerkrieges eine immens wichtige Rolle ein. Der „Option für die Armen“ folgend, setzte sich vor allem der Erzbischof San Salvadors, Oscar Romero, für die armen Teile der Bevölkerung ein.¹⁵ Die Kirche leistete unterstützende Funktion in der Schaffung ziviler Organisationen, gab Rechtsberatung und deckte diversen NGOs bei wirtschaftlichen und politischen Forderungen den Rücken (vgl. Best und Hussey 1996: 179). So gerieten Laienpriester, christliche Organisationen und Romero selbst bald ins Visier der Militärdiktatur (vgl. Stephen 1997: 63). Die daraus resultierende Ermordung Romeros durch Todesschwadronen¹⁶ war ein Mitauslöser des massiven Widerstandes und der Revolution, die zum Bürgerkrieg führte.

Vor allem für Frauen spielten christliche Zusammenschlüsse, in denen ein großer Anteil von ihnen organisiert war, im Bezug auf ihre politische Einstellung eine wichtige Rolle. Denn sie kamen dort oft zum ersten Mal mit linker Ideologie in Kontakt (vgl. Stephen 1997: 23). Obwohl somit Vertreter der Befreiungstheologie wichtige Impulse für die weibliche Mobilisierung gaben, ist das Verhältnis zur Aufweichung der Geschlechterrollen nicht hinreichend geklärt. Denn auf der einen Seite trug die möglich gemachte Teilnahme an NGOs dazu bei den weiblichen Handlungsradius auszuweiten, auf der anderen Seite blieben die Vertreter der Befreiungstheologie den geschlechtsspezifischen Vorstellungen der katholischen Kirche treu.

¹⁴ NGOs versuchen die Gewalt gegen Frauen einzudämmen und die Opfer zu betreuen. Ein Beispiel ist das Programm von Oxfam und CEMUJER. Dieses hat das Ziel die geschlechtsspezifische Gewalt in der Polizei einzudämmen, verbunden mit der Hoffnung, dass die dort erzielten positiven Effekte auf die Gesellschaft übertragen werden (vgl. Oxfam 2004).

¹⁵ Die Befreiungstheologie weitete den Begriff der Sünde dahingehend aus, dass ein soziales System Sünde sei, welches nicht allen Mitgliedern der Gesellschaft einen gewissen Lebensstandard sichere (vg. Luciak 2001: 13) und positionierte sich somit klar auf der Seite der Guerilla und der Besitzlosen.

¹⁶ Dies wurde im Bericht der Wahrheitskommission festgestellt. Kürzlich weigerte sich der salvadorianische Staat diese Tatsache anzuerkennen und Reparationen zu leisten, in dem er sich auf das Amnestiegesetz von 1993 beruft. Mehr auf der Homepage der Interamerikanischen Kommission für Menschenrechte: www.cidh.oas.org

4.2. Politische Institutionen

Im Bereich der politischen Institutionen sind die Veränderungen nach dem Bürgerkrieg besonders deutlich. Sie werden hier in chronologischer Reihenfolge, von den Reintegrationsprogrammen nach dem Krieg hin bis zu den letzten Wahlen 2006 dargestellt.

Reintegrationsprogramme

In der Zeit nach dem Krieg gab es erstaunlich wenige Programme, die Reintegration und Aufbau einer vitalen Gesellschaft und Zivilgesellschaft gefördert hätten. Die wenigen durchgeführten Programme waren meist sowohl auf internationale Unterstützung und Finanzierung wie auch auf das Wissen der lokalen NGOs angewiesen (vgl. Jeria 1998: 95). Die Zielgruppe stellten vorwiegend ehemalige KämpferInnen dar. Andere Kriegsbeteiligte, die unterstützende Arbeit leisteten, wozu die meisten Frauen zählten, sowie zivile Opfer wurden meist in den Reintegrationsprogrammen nicht berücksichtigt, obwohl sie ebenso mit der schlechten ökonomischen Lage und dem Trauma des Kriegs zu kämpfen hatten (vgl. Gammage and Fernandez 2000: 3).

“I believe that the principal problem that we have experienced is that the reintegration of the female combatant into civilian life has taken place under the classical sexist concepts that have predominated in all political forces of the country, including the FMLN.”

Lorena Peña¹⁷

Frauen wurden in den verschiedenen Reintegrationsprogrammen nicht explizit benachteiligt, vielmehr wurden sie bei deren Ausführung durch vorherrschende Geschlechterverhältnisse diskriminiert (vgl. Gammage and Fernandez 2000: 4). So wurde ihnen der Umstand, dass Frauen oft keine Dokumente besaßen zum Verhängnis, da diese von den Ausführenden als für die Teilnahme unerlässlich behandelt wurde. Regeln wurden also prinzipiell zu Lasten der Frauen ausgelegt. Schwangere wurden erst gar nicht zugelassen und Müttern, die oft nicht zur Registrierung erscheinen konnten, weil sie auf die Kinder aufpassen mussten, wurde keine Unterstützung gewährt (vgl. Luciak 2001: 76).

Allerdings gab es auch Programme an denen der Anteil der teilnehmenden Frauen demjenigen der ehemaligen FMLN Aktivistinnen entsprach. So waren etwa 40 Prozent der TeilnehmerInnen an Studienförderungsprogrammen Frauen (vgl. Luciak 2001: 47).

¹⁷siehe: http://www.womenwarpeace.org/elsalvador/elsalvador.htm#country_team [17.07.2007]

Zusammenfassend bleibt festzuhalten, dass Männer und Frauen nicht über die gleichen Möglichkeiten und Mittel verfügten, sich ein neues Leben aufzubauen und sich in die Nachkriegsgesellschaft zu integrieren, sondern dass Frauen oft den schwierigeren Weg zu gehen gezwungen waren (vgl. Gammage and Fernandez 2000: 3).

Verarbeitung der Kriegsverbrechen: Comisión de la verdad

Die Wahrheitskommission „*Comisión de la verdad*“ wurde 1993 ins Leben gerufen um die Menschenrechtsverletzungen ab 1980 zu dokumentieren. Sie stellte fest, dass die so genannten Todesschwadronen ein Instrument des staatlichen Terrors und als solches für 95 Prozent aller Menschenrechtsverletzungen während des Bürgerkrieges verantwortlich waren. Der Bericht der Wahrheitskommission liefert keine geschlechtsspezifischen Daten. In der gesamten Debatte um die Täterschaft, wurden Frauen völlig außen vor gelassen. Eine genaue Aufarbeitung über Täterinnen wäre wünschenswert.

Im Bericht konnte belegt werden, dass viele der durch die Todesschwadronen begangenen Menschenrechtsverletzungen ungestraft geblieben waren (vgl. CIDH 1994, Commission on the Truth 1993). Daran änderte auch der Bericht nur wenig, da einige Tage nach der Veröffentlichung des Berichtes der Wahrheitskommission ein generelles Amnestiegesetz für Menschenrechtsverletzungen, Morde und Entführungen in der Zeit vor 1992 erlassen wurde.¹⁸ Die Straffreiheit blieb somit bis in die Nachkriegszeit bestehen und erschwerte den Demokratisierungsprozess erheblich (vgl. AI: 2001).

Erst im Jahre 2000 entschied der Oberste Gerichtshof von El Salvador, dass in Einzelfällen eine Verfolgung von Menschenrechtsverletzungen in den Jahren von 1989 bis 1994 doch möglich sei, erklärte aber ansonsten das Amnestiegesetz für verfassungskonform (vgl. Amnesty International 2001: 4). Da aber die Verfolgung immer noch im Ermessen der RichterInnen steht und ohnehin nur in begrenzten Einzelfällen möglich ist, kann von einem Willen zur Aufklärung nicht gesprochen werden.¹⁹

Neue genderspezifische Institutionen nach dem Krieg

Gegen Ende des Bürgerkriegs und vor allem in der Zeit danach wurde eine Reihe an neuen politischen Institutionen gegründet. Insbesondere die lauter werdenden Forderungen nach Gleichberechtigung trugen zur Schaffung von Institutionen bei, die sich mit eben jenem

¹⁸ An der Ausarbeitung des „*ley de amnestia general para la consolidación de la paz*“ war die FMLN nicht beteiligt, da sie zu dieser Zeit noch nicht an der Regierung teilnahm, profitierte jedoch auch von der Straffreiheit (vgl. Amnesty International 2001: 3).

¹⁹ Einzig der Interamerikanische Gerichtshof für Menschenrechte, der von dem nationalen Amnestiegesetz nicht betroffen ist, arbeitet heute an der Aufklärung der Kriegsverbrechen. Jedoch kann auch hier von einer zufrieden stellenden Aufarbeitung bislang nicht die Rede sein.

Thema beschäftigten. Diese Entwicklung entspricht dem restlichen mittelamerikanischen Raum, in dem während der 1990er Jahre ebenso „Frauenpolitik“ geschaffen wurde. Erster Vorläufer einer frauenspezifischen Institution war dabei das 1989 gegründete nationale Familiensekretariat. Es sollte einen Fokus auf die Familien haben, unter der Berücksichtigung der besonderen Bedürfnisse von alten Menschen, Kinder und Frauen (vgl. CCPDH und IIDH 2006: 105). Diesem folgte der durch Zusammenarbeit von nationalen und internationalen NGOs ins Leben gerufene nationale Frauenplan - PNM „*Plan Nacional de la Mujer*“. Sein ehrgeiziges Ziel war die Gleichberichtigung von Frauen auf allen Ebenen zu erreichen (vgl. CCPDH und IIDH 2006: 105). Nach Umstrukturierungen des PNM entstand 1996 das heute existierende ISEDEMU „*Instituto Salvadoreño para el Desarrollo de la Mujer*“. Das PNM wurde durch Aktionspläne, die von nun an vom ISEDEMU erstellt werden, abgelöst (vgl. CCPDH und IIDH 2006: 106). Das ISEDEMU kollaboriert mit NGOs und sieht die Konferenz von Beijing als Arbeitsgrundlage. Der aktuelle Aktionsplan, mit Laufzeit von 2005 bis 2009, sieht neben anderen Maßnahmen die Prävention innerfamiliärer Gewalt und eine bessere Versorgung der Opfer vor.

Neben der ISEDEMU existiert heute die staatliche Kommission der Familie, der Frau und der Kindheit „*Comisión de la Familia, la Mujer y la Niñez*“. Ziel dieser Kommission ist es neben der Verbesserung der Lebensumstände der genannten Gruppen auch eine bessere Einbindung der Frauen in öffentliche Entscheidungsprozesse. Frauen sollen in der Öffentlichkeit den privaten Raum, dem sie eher zugeschrieben werden, auch vertreten. So sind knapp 50 Prozent der Kommissionsmitglieder Frauen (vgl. PNUD 2005: 82).

Fehlendes Vertrauen in politische Institutionen

Die Demokratie steht in El Salvador noch immer auf wackeligen Beinen. Da schon vor dem Krieg keine Regierung die Grundbedürfnisse und politische Partizipation der Bevölkerung sicherstellte, fehlte nach dem Krieg folglich ein allgemeines Demokratieverständnis (vgl. Luciak 2001: 34). Erschwerend kam die große Not nach dem Krieg hinzu, die viele Menschen zwang, sich fast ausschließlich mit der Deckung der Grundbedürfnisse zu beschäftigen, so dass ihnen die Motivation und Zeit fehlte, politisch zu partizipieren (vgl. Luciak 2001: 64). Auch frustrierte die Not im Land viele Menschen und besonders die Anhänger der FMLN, weil sich die Situation auch nach so langem Kampf nicht gebessert hatte.

Heute bewirken Korruption, Straffreiheit und geringe Effizienz der Staatsinstitutionen ein geringes Maß an Vertrauen in diese sowie in die Demokratie an sich (vgl. CCPDH y IIDH

2006: 143, Burgermann 2006: 254). Weiters hemmt politische Gewalt in Form von Drohungen oder Entführungen, immer noch die Entwicklung einer freien Demokratie (vgl. Spencer 1997: 44). Ferner lassen neoliberale Reformen den ohnehin schon schwachen Staat noch weiter schrumpfen.

Frauen vertrauen zum Großteil noch weniger in den Wirkungsgrad der Institutionen des Staates als dies generell schon der Fall ist. Dies liegt hauptsächlich an staatlicher und gesellschaftlicher Diskriminierung, die sich in mangelnden Partizipationsmöglichkeiten an den Institutionen und nicht ausgereiftem Bewusstsein und Wissen über geschlechtsspezifische Themen der Beamten äußert (vgl. CCPDH; IIDH 2006: 144). Besonders deutlich wird die Diskriminierung am Beispiel der staatlichen Polizei. Laut einer Oxfam-Studie gaben 98 Prozent aller Polizistinnen an, schon einmal von ihren Arbeitskollegen physisch, psychisch oder sexuell missbraucht worden zu sein (vgl. Oxfam 2004). Dass die Arbeitskolleginnen in der Polizei selbst schon nicht gerecht behandelt werden lässt darauf schließen, dass die Missstände gegenüber anderen Frauen noch größer sind. Fehlendes Vertrauen in die Polizei ist die Folge.

Parteien und Frauenquoten

Mitspracherecht und Gleichberechtigung von Frauen entwickelte sich in El Salvador, wie in weiten Teilen Lateinamerikas, parallel zum Wieder- oder Neueintritt in demokratische Strukturen, nachdem die militärischen Regime überwunden waren (vgl. Vargas 2002: 201). Dieser Prozess, der große Reformen im institutionellen und rechtlichen Bereich sowie Partizipation der Bevölkerung mit sich brachte, begünstigte natürlich das Aufkommen der Gender Thematik auf politischer Ebene (vgl. Htun 1996: 118). Zur gleichen Zeit zog auch der Neoliberalismus in Wirtschaft und Politik der lateinamerikanischen Staaten ein, der die sozialen Unterschiede noch mehr anwachsen lies (vgl. Vargas 2002: 201). Soziale Disparitäten und Armut treffen Frauen bekanntlich meist härter als Männer und lassen so ein intensives Engagement in der Politik aus rein ökonomischen Zwängen oft nicht zu. Denn wenn der Tagesablauf einer Frau mit dem Erhalt der Familie ausgefüllt ist, bleibt für politische Partizipation kein Raum. Wie im Lauf der Studie zu erkennen sein wird, wurden auch in El Salvador zumindest auf rechtlicher Ebene Verbesserungen in der Gleichbehandlung erlangt. Tatsächlich standen der Gleichberechtigung und gleicher Partizipation am öffentlichen Leben aber kulturelle und praktische Hindernisse entgegen, die nicht überwunden werden konnten. Der politische Wille, Frauen in allen Bereichen des

öffentlichen Lebens wirklich gleich zu berechtigen fehlte und fehlt immer noch. Dies ist auch am Beispiel der FMLN zu erkennen:

Der Friedensprozess erhöhte das Mitspracherecht und die Gleichberechtigung der Frauen innerhalb der FMLN. Das Parteiprogramm der FMLN sprach Frauen schon im Jahr 1993 gleiche Rechte zu (vgl. Luciak 2001: 149). Zeitlich ging auch die Anerkennung der FMLN als offizielle Partei mit einer Entwicklung hin zu mehr Gleichberechtigung einher. In der FMLN hatten nach dem Krieg de facto allerdings nur jene Frauen in der Politik eine Chance, die schon zu Kriegszeiten in führenden Positionen waren (vgl. Kampwirth 2002 zitiert in Kampwirth 2004: 82). Eine Quotenregelung, die 30 Prozent weibliche Kandidatinnen in den Listen der FMLN für die Wahl 1994 garantieren sollte, scheiterte noch am internen Widerstand (vgl. Luciak 2001: 153).

Bei den Wahlen 1994, als die FMLN zum ersten Mal als offizielle Partei kandidierte, verfehlte sie den Sieg klar.²⁰ Die ARENA blieb, wie während des Bürgerkrieges, stimmenstärkste Partei (vgl. ebd. 2001: 210). Nur drei Frauen, die insgesamt weniger als elf Prozent der MandatarInnen der ARENA darstellten, wurden für die ARENA gewählt. Bei der FMLN waren immerhin 23,8 Prozent der Mandate, insgesamt fünf Politikerinnen, durch Frauen besetzt (vgl. Luciak 2001: 213). Die FMLN wies also, trotz gescheiterter Quotenregelung, ein viel höheres Maß an weiblicher Beteiligung auf als die ARENA.

Im Vorfeld der Wahlen hatten Frauen- und feministische Organisationen die Plattform „*mujer '94*“ gegründet. Ihr Ziel war ihre Anliegen den politischen Parteien näher zu bringen und auf deren Umsetzung zu drängen (vgl. Herrena: 2006: 2, Shayne 2004:50). Unter den Forderungen waren einige, die während oder vor dem Krieg noch unmöglich gewesen wären. So wurde Gleichberechtigung in Führungspositionen, Sexualunterricht und das Recht auf Selbstbestimmung vor allem in Bezug auf Schwanger- und Mutterschaft gefordert (vgl. Kampwirth 2004: 91- 92).

Aus zwei Gründen waren die **Wahlen von 1994** also ein Durchbruch in der Schaffung von Gender Bewusstsein.²¹ So wurden sowohl Themen mittels der Plattform „*mujer '94*“ in die

²⁰ Die Wahlen 1994 werden auch als die „Wahlen des Jahrhunderts“ bezeichnet, weil sie zum ersten Mal demokratischen Anschein hatten und die FMLN kandidierte (vgl. Herrena 2006: 1).

²¹ Während der 1990er Jahre wurden in weiten Teilen Lateinamerikas Rechte, Institutionen und Politiken realisiert, die die Ungleichheiten zwischen Mann und Frau beseitigen sollten. Die wichtigsten Themen waren, wie auch in El Salvador häusliche Gewalt, reproduktive Gesundheit, Abtreibung und sexuelle Aufklärung.

politische Öffentlichkeit gebracht, die noch im Bürgerkrieg nie öffentlich debattiert worden wären, als auch bereits erfreulich viele Frauen in der FMLN mit politischen Mandaten ausgestattet. Das Erlangen des Gender Bewusstseins konnte allerdings vorerst nur in der FMLN gewonnen werden. So beziehen sich fast alle oben aufgeführten Beispiele auf Entwicklungen innerhalb der FMLN. Ähnliche Entwicklungen haben in anderen Parteien offensichtlich nicht oder nur in sehr geringem Ausmaß stattgefunden. Vermutlich ist dies darauf zurückzuführen, dass nur die Frauen in der FMLN stets von Frauenorganisationen im Kampf um Gleichberechtigung unterstützt wurden. Frauenorganisationen waren hauptsächlich im Umfeld der FMLN entstanden und waren mit ihrem Streben nach Verbesserung der Lebensumstände der Ideologie der FMLN nah, wodurch sich die Zusammenarbeit ergab.

1996 gelang es weiblichen Mitgliedern der FMLN mit der eben genannten Hilfe der nationalen Frauenbewegung und internationaler Unterstützung eine Quotenregelung von 35 Prozent weiblicher Kandidatinnen innerhalb der FMLN durchzusetzen (vgl. Luciak 2001: 158). Der Prozentsatz von 35 entsprach dem damaligen Frauenanteil an Parteimitgliedern. Frauen sollten ihrem Anteil gemäß in der FMLN vertreten sein. Der Wahlerfolg der Kandidatinnen wurde jedoch anfangs durch schlechte Listenplatzierung eingeschränkt. So konnte die vorgegebene Quote an Mandaten in den nächsten Wahlen nicht ganz erfüllt werden, der Anteil an weiblicher Vertreterinnen der FMLN belief sich aber immerhin schon auf 33 Prozent.

“Although some structural problems had been eliminated, psychological barriers remained.”

(vgl. Luciak 2001: 162)

Ein großer Rückschlag ereignete sich Ende der 1990er Jahre, weil für die FMLN gewählte Frauen innerhalb der weiblichen Bevölkerung das Gefühl weckten „leere Quoten“ darzustellen, da sich die ins Parlament gewählten Politikerinnen nicht bedeutend für Frauenrechte eingesetzt hatten (vgl. Luciak 2001: 165). Dieses Phänomen erinnert an die Situation in der FMLN zu Bürgerkriegszeiten, als sich Frauen in Führungspositionen ebenso wenig für die Interessen der Frauen einsetzten (siehe Militärische Institutionen).

Allerdings besteht in vielen Ländern ein bedeutender Unterschied zwischen rechtlicher und realer Situation in Bezug auf die Diskriminierung von Frauen. Htun führt dies auf internationale Vereinbarungen zurück, die zwar unterzeichnet, aber nicht realisiert wurden (vgl. Htun 1996: 130-132).

Ein Beispiel für das mangelnde Engagement war das 1998 beschlossene Verbot der therapeutischen Abtreibung.²² Die Initiative ging von der ARENA aus, allerdings stimmte nur ein FMLN-Abgeordneter dagegen, Eugenio Chicas (vgl. Luciak 2001: 166). Somit bleibt festzustellen, dass die positiven Entwicklungen in den ersten Jahren nach Kriegsende leider kein Beginn eines Trends waren. Vielmehr stellen sie sich als ein nur kurzes Durchbrechen der alten politischen Strukturen dar.

Im Jahr **2000** versuchte Gloria Salguero, eine Politikerin der ARENA als Vorsitzende des Parlaments, eine Frauenquote von 30 Prozent für alle öffentlichen Stellen einzuführen.²³ Sie scheiterte nur knapp, wurde jedoch auch von PolitikerInnen der FMLN unterstützt, womit der Grundstein für überparteiliche Zusammenarbeit in Gender Themen nun auch in der Politik gelegt war (vgl. ebd. 2001: 230). Dieser Entwicklung folgend wurde ANDRYSAS („*Asociación de Regidoras, Sindicas y Alcaldesas Salvadoreñas*“) gegründet, welches ein Zusammenschluss von Frauen in verschiedenen politischen Funktionen ist, die gemeinsame Interessen vertreten und sich für Solidarität in Gender Themen in der Politik einsetzen (vgl. Herrean 2006: 3, PNUD 2005: 84). Dieses Bündnis ist für lateinamerikanische Verhältnisse ungewöhnlich, da meist die Loyalität zur Partei Vorrang vor überparteilicher Solidarität in genderspezifischen Fragen genießt (vgl. Htun 1996: 119).

In El Salvador wurde der Kampf um Gleichberechtigung in der Politik maßgeblich von Frauen-NGOs unterstützt. Hierbei wurde immer wieder die sogenannte „*doble militancia*“ diskutiert, welche sich mit der Frage beschäftigte, ob eine Frau in der Politik und einer Frauen-NGO gleichzeitig aktiv sein könnte, oder ob die vorhanden Interessensgegensätze und Zwänge des politischen Systems dies unmöglich macht (vgl. Herreana 2006: 1).

Wahlen 2006

Im März 2006 fanden die letzten Wahlen in El Salvador statt, wobei es sich um Kommunalwahlen handelte, bei denen die Stadt- und GemeinderätInnen sowie BürgermeisterInnen gewählt wurden. Vor den Wahlen war der Versuch eine national verpflichtende Quote für die Beteiligung von Frauen festzusetzen abermals gescheitert (vgl. PNUD 2005: 84). Die Wahlbeteiligung war mit nur 53 Prozent der Wahlberechtigten sehr

²² Diese kommt eigentlich nur dann zum Einsatz, wenn das Leben der Mutter durch die Schwangerschaft oder Geburt in Gefahr ist. Das Verbot dieser Maßnahme ist eine massive Einschränkung der Selbstbestimmungsrechte der Frau.

²³ El Salvador hat immer noch keine Quote über Frauenanteile in öffentlichen oder politischen Posten eingeführt. In zehn Ländern Lateinamerikas gibt es Quotenregelungen, darunter sind: Costa Rica und Panama im mittelamerikanischen Raum und Argentinien, Brasilien und Peru am südamerikanischen Kontinent (vgl. Htun: 1996: 122).

gering, was das bereits genannte geringe Vertrauen in die Politik und die staatlichen Organisationen widerspiegelt (vgl. Rupp 2006). Aufgrund des Wahlsystems gewann die ARENA in Koalition mit der PNC landesweit die Wahlen mit nur minimalem Vorsprung vor der FMLN, und sieht sich hierdurch mit ihrem amtierenden Präsidenten Tony Saca bestätigt. Nach diesen Wahlen sind nun 16,7 Prozent (vgl. UNDP 2005: 378, IPU 2007) aller Parlamentsitze von Frauen besetzt. Weltweit gesehen liegt El Salvador damit laut Statistik der Inter-Parliamentary Union genau im Durchschnitt, der bei 17,3 Prozent liegt.²⁴

Die FMLN konnte mit Violeta Menjívar die erste Bürgermeisterin San Salvadors stellen. Menjívar war schon während des Bürgerkriegs in der FMLN, allerdings in einem klassisch weiblichen Betätigungsfeld aktiv: Sie war in der Logistik und im Gesundheitsbereich tätig. Sie entspricht somit nicht dem „Normalfall“ einer FMLN Politikerin, die auch schon zu Zeiten des Bürgerkrieges in einer führenden Position war.

4.3. Militär / bewaffnete Gruppen

Daten über Guerillamitglieder

Dank der ONUSAL gibt es ausführliche Datenbestände über die Mitglieder der FMLN, die im Rahmen der Demobilisierung erhoben wurden und die auf die Mitgliederstruktur der FMLN schließen lassen. Die ONUSAL hat bei der Datenaufnahme eine Unterscheidung der Mitglieder der FMLN nach einem System vorgenommen, welches sich mit der Wahrnehmung der Guerilleros/as nicht hundertprozentig deckt. So teilte sie sie in KombattantInnen, das heißt bewaffnete KämpferInnen, in politische Mitglieder, darunter verstand sie jede Art der unterstützenden Tätigkeit, und in verletzte NichtkombattantInnen ein. Dies deckt sich insofern nicht mit der Selbstdefinition der Mitglieder der FMLN, als auch Nicht-FrontkämpferInnen der FMLN, also jene, die in der Infrastruktur der Guerilla tätig waren, sich ebenso wie die Kämpfer als „*compas*“²⁵ bezeichneten. So sind die Angaben der ONUSAL mit Vorsicht zu genießen. Auch schmälert diese Einteilung die wichtigen strategischen und versorgenden Aufgaben vieler weiblicher „*compas*“ und lassen diese in der Öffentlichkeit weniger Ansehen genießen als der bewaffnete Kämpfer per se (vgl. Shayne 2004: 37). Zu Kindersoldaten auf Seiten der FMLN oder der Regierung gibt es in der Literatur kaum Hinweise. Laut Daten der ONUSAL waren nur 0,75 Prozent aller KämpferInnen der FMLN unter 13 Jahren (Luciak

²⁴ vgl. <http://www.ipu.org/wmn-e/world.htm> [24.07.2007]

²⁵ „*Compa*“ ist die Abkürzung von „*compañero/a*“, also Kollege oder Genosse

2001: 7), aber es ist wahrscheinlich, dass die Kinder nur deswegen in den Guerillacamps waren, weil sich sonst niemand um sie gekümmert hätte (Luciak 2001: 9).

Weibliche Beteiligung

Die Beteiligung von Frauen an der Guerilla war enorm. Bei einer Gesamtzahl von 15 009 FMLN Mitgliedern, die 1994 von der ONUSAL registriert wurden, waren 4 492 Frauen, dies entspricht etwa 40 Prozent. Von den 8 552 KombattantInnen waren 2 485, also etwa 30 Prozent nach Kategorisierung der ONUSAL, Frauen (vgl. Montgomery zitiert in Luciak 2001:3).

Erneut ist zu erwähnen, dass Frauen nicht an der Guerilla teilnahmen um für Emanzipation zu kämpfen. Vielmehr sahen sie sich innerhalb der Guerilla mit den vor dem Konflikt herrschenden Geschlechterrollen, Diskriminierungen und sexueller Belästigung konfrontiert. Gerade auch sexuelle Belästigung blieb dabei meistens unbestraft (vgl. Luciak 2001:15). Besonders schwierig war es für Frauen den Einstieg in den bewaffneten Kampf zu finden, da Männer stets bemüht waren, die bestehenden Geschlechterrollen aufrecht zu erhalten:

„A woman had to act the same way that man did, but at the same time, you had the contradiction that if you acted the same as a man you were criticized. A man was not criticized for his attitudes, but if a woman wanted to imitate the way that a man acted, you were criticized. If you talked your way, like we women do, we were not accepted either, so it was a difficult contradiction for us.”

(Méndez, Lety in Shayne 2004: 40)

Diesem Statement kann jenes eines FMLN Führers zugefügt werden:

„War is men’s business and as hard as women try, they will never play the same role”

(Facundo Guardado, FMLN Führer, zitiert in Luciak 2001: 1)

Nicht selten wurde auch von Frauen berichtet, die eine Ausbildung in der FMLN absolvierten (etwa zur Funkerin), denen die Ausführung des Erlernten vom Ehemann oder einem Kollegen mit dem Hinweis untersagt wurde, dass Frauen „so“ etwas nicht machten (vgl. z.B. Lievens 1989: 92).

Frauen waren in der Guerilla aufgrund der vorherrschenden Geschlechterrollen vermehrt im Bereich der Infrastruktur und der Logistik, also dem privaten, reproduktiven Bereich der Guerilla tätig. Eine Tätigkeit im bewaffneten Kampf und in Führungsrollen, also dem öffentlichen Bereich der Guerilla, war eher selten. Frauen übernahmen großteils Aufgaben

wie die Versorgung und medizinische Verpflegung der FMLN Mitglieder, sie führten Alphabetisierungskampagnen durch und schulten die Mitglieder der FMLN in der Ideologie der Guerilla.

Für einige Aufgaben sollen Frauen „aufgrund ihrer Weiblichkeit“ besonders gut geeignet gewesen sein, wie etwa für das geheime Überbringen von Informationen. Von einer Frau mit einem Einkaufsbeutel wurde nicht erwartet, dass sie geheime Informationen überbrachte. Auch das Werben neuer Anhänger und der Informationsdienst war eher Frauensache (Lievens 1989: 92, Shayne 2004: 36). Die „weibliche Art“ sei ehrlicher und motivierender, wohingegen Männer schnell zu dominant und somit einschüchternd wirkten (vgl. Shayne 2004: 38). Solche Annahmen sind mit dem „*Marianismo*“ erklärbar, welcher wie bereits ausgeführt, Frauen als moralisch überlegen darstellt (vgl. Craske 1999: 12, Stephen 1997: 35).

Frauen in Führungspositionen

Einigen Frauen gelang es, hohe Führungspositionen in der FMLN zu übernehmen. Beispiele hierfür sind etwa Ana Guadalupe Martínez, die Führerin des ERP, welches ein Teil der FMLN war, oder Nidia Díaz, die auch für die FMLN bei den Friedensverträgen mitverhandelte. Das Erreichen und Halten von Führungspositionen kostete Frauen viel mehr Anstrengungen und Opfer als Männer. Zudem kamen Frauen, welche es in die Führungsebene der FMLN schafften, selten aus den unteren sozialen Schichten, sondern verfügten stets über einen gewissen „Startvorteil“. So hatten sie meist schon vor ihrer Zeit bei der Guerilla einen höheren sozialen Status, waren in leitenden Positionen tätig gewesen und hatten eine Hochschule besucht (vgl. Shayne 2004: 41). Auch mussten Frauen meist mehr Stärke und Härte als Männer zeigen um akzeptiert zu werden:

„I remember that I was a lot tougher, that is more demanding than other [male] leaders so that the combatants would respect me, so they would accept me as the leader.“

(FMLN Führerin zitiert in Luciak 2001: 12)

Von Frauen wurde also möglichst „männliches Verhalten“ erwartet, wenn sie Tätigkeiten durchführten, die den traditionellen Geschlechterrollen entsprechend eher Männern zugeschrieben wurden. Es wurde von ihnen gefordert, dass sie mit ganzem Einsatz der Revolution dienten (vgl. Luciak 2001: 12) und ihre anderen Pflichten, wie etwa die der Mutter, gänzlich in den Hintergrund stellten.

FMLN und Gender

Wie oben dargestellt hielten Männer gerne an den althergebrachten Geschlechterrollen fest und versuchten eine tiefere Auseinandersetzung mit Gender Themen zu vermeiden. Zu Bürgerkriegszeiten wurden Frauenrechte und Gleichberechtigung in der FMLN nicht näher thematisiert. Wenn das Thema doch zur Sprache kam, wurde es mit revolutionärer Ideologie abgetan: Nach vollzogener Revolution wären alle Unterschiede zwischen arm und reich, besitzend und nicht besitzend und eben auch zwischen Mann und Frau beseitigt (vgl. Luciak 2001: 11). So beschäftigten sich selbst Frauen in Führungspositionen selten mit den Rechten der Frauen oder setzten sich für die Gleichbehandlung ein (vgl. Luciak 2001: 14). Zu sehr waren sie wohl dem Druck ausgesetzt wie ein Mann zu agieren, um vom vorwiegend männlichen Umfeld akzeptiert zu werden.

„Even in 1987, 1988 the highest ranking female FMLN leader did not listen to one on woman’s questions.“

(Luciak 2001: 14)

Setzten sich doch einzelne Frauen für Gender Gerechtigkeit ein, erhob sich ihnen gegenüber häufig der Vorwurf, sie würden die Guerilla spalten (vgl. ebenda: 15). Luciak führt diese starke Position der traditionellen Geschlechterrollen auf folgende Faktoren zurück: Die meisten Mitglieder der FMLN seien streng katholisch und meist vom Land gewesen, außerdem prägte der Machismo das Verhalten (vgl. ebenda: 13). Erst nach den Friedensverträgen und dem damit verbundenen nachlassenden Druck der FMLN konnten sich diese Frauen verstärkt für Frauenrechte einsetzen.

Militär und Regierungstruppen FAES

Angaben über Frauen im staatlichen Militär sind spärlich. Es scheint keine oder nur sehr wenige Frauen im militärischen Dienst des Staates gegeben zu haben (vgl. Pampell Conaway and Martínez 2004: 14). Im Zuge der Demobilisierung wurde die FAES um 50 Prozent, das heißt von 60 000 auf 30 000 Personen reduziert (vgl. Burgerman 2006: 255). Durch die Friedensverträge festgelegt, gründete und schulte die ONUSAL eine nationale, zivile Polizei (vgl. Burgerman 2006: 255). Deren Mitglieder bestanden größtenteils aus ehemaligen Soldaten der FAES und zu einem geringeren Anteil aus ehemaligen FMLN Kämpfern, was heute immer noch ein Problem der Polizei darstellt.

4.4 wirtschaftliche Institutionen

Landwirtschaft und Landtransfer -Programm

Die Landwirtschaft war lange Zeit die wichtigste Quelle der Exporteinnahmen El Salvadors. 1980 sowie auch noch 1990 kamen immerhin 60 Prozent der Exporteinnahmen durch landwirtschaftliche Produkte zustande (vgl. UNDP 2006: 340).²⁶ Kaffee stellte mit über 50 Prozent das wichtigste Exportgut dar. Landwirtschaft war auch eine der wichtigsten Beschäftigungsquellen, so dass 1980 immerhin 40 Prozent aller Angestellten in diesem Bereich beschäftigt waren (vgl. del Castillo 1997: 345), wobei Frauen die Beschäftigung in der Landwirtschaft lange untersagt war (vgl. Ibáñez 2001: 120).

Da die konzentrierte Landverteilung mit ein Grund für den Krieg darstellte, war es nach dem Krieg unausweichlich eine gerechte Landzuteilung zu schaffen. Deswegen war das Herzstück der Reintegration das Landtransfer-Programm (vgl. del Castillo 1997: 343). Es sollte demobilisierten KämpferInnen und anderen am Krieg Beteiligten auf beiden Seiten Land zuweisen, um ihnen so eine wirtschaftliche Lebensgrundlage zu bieten.²⁷ Anfangs wurde dabei nur Männern Land zugeteilt, Frauen waren im Programm nicht vorgesehen. Dies änderte sich dahingehend, dass am Ende ein Drittel aller Begünstigten Frauen waren (vgl. Luciak 2001: 45). Obwohl dieses Ergebnis statistisch auf den ersten Blick nicht schlecht anmutet, wird bei genauerer Betrachtung geschlechtsspezifische Diskriminierung sichtbar. So wurde Frauen oft schlechteres oder sehr abgelegenes Land zugeteilt. Auch wurde manchen eigentlich Begünstigten gar kein Land zugeteilt, weil sie nicht über die nötigen Dokumente verfügten oder Analphabetinnen waren. Sie konnten ihre Rechte meist nicht selber geltend machen und von Seiten der Verantwortlichen hatten Frauen in solchen Situationen keinerlei Hilfe zu erwarten. Bei Ehepaaren wurde das Land zudem prinzipiell auf den Namen des Mannes registriert (vgl. Pampell Conawy, Martínez 2004: 4). Grundlage der zugesprochenen Größe und Qualität des Landes war der Rang des/der Begünstigten im Krieg. Die Einschätzung dieses Ranges oblag dabei den kommunalen Führern, die die Leistung der Frauen im Krieg oft nicht angemessen berücksichtigten. Folge war, dass sie bei der Landvergabe schlechter

²⁶ Heute hat sich das Bild umgedreht. Während 1990 noch 60 Prozent der Exporteinnahmen aus der Landwirtschaft kamen, kamen 2004 60 Prozent der Exporteinnahmen aus hergestellten Gütern (bei welchen die Produkte aus dem „*maquilas*“ mit eingerechnet werden) (vgl. UNDP 2006: 340).

²⁷ Dieses Programm wurde von der USA und der EU finanziert. Land wurde zu „Marktpreisen“ von den ehemaligen Besitzern gekauft (vgl. del Castillo 1997: 347, 350-351). Es war vorgesehen, dass der Wert des Landes in fünf Jahren zurückgezahlt werden sollte. Diese Rückzahlung hat in vielen Fällen nicht stattgefunden (vgl. Luciak 2001: 73).

abschnitten. Insgesamt wird vermutet, dass 70 bis 80 Prozent der Frauen nicht angemessen begünstigt wurden (vgl. Luciak 2001: 46).

Nicht nur aus der Gender Perspektive gibt es Kritikpunkte am Landtransfer-Programm. Es wurde etwa der fehlende Wissenstand vieler Begünstigter über Landwirtschaft nicht hinreichend berücksichtigt, so dass sie das Land nicht zu nutzen wussten²⁸ (vgl. Luciak 2001: 74). Auch verlief der Prozess der Landvergabe aufgrund fehlenden politischen Willens und nicht vorhandener Ressourcen äußerst schleppend (vgl. Boyce 1995: 2074). Erst 1996 konnten 90 Prozent der Begünstigten das Land nutzen und nur etwa die Hälfte davon besaß einen legalen Titel (vgl. ebenda 2001: 43).

Neoliberale Politik und deren Auswirkungen

Seit ihrem Regierungsantritt 1989 verfolgt die ARENA einen neoliberalen Wirtschaftskurs um den **Vorgaben** der internationalen Finanzinstitutionen zu entsprechen. Der IWF und die Weltbank auferlegten El Salvador Maßnahmen, die die Nachkriegssituation des Landes nicht berücksichtigten. Diese äußerte sich in der zerstörten Infrastruktur, einer nicht intakten Wirtschaft und sozialer Not. Dadurch wurde der Aufbau politischer Stabilität und der gleichzeitige Abbau der sozialen Ungleichheiten verhindert (vgl. Boyce 1995: 2069). Inflationseindämmung, Privatisierung staatlicher Einrichtungen und Liberalisierung hatten gegenüber Machtverteilung, Bildung sowie gesundheitlicher Versorgung breiter sozialer Schichten und Demokratisierung generell Vorrang (vgl. Boyce 1995).

Die salvadorianische Wirtschaft ist dabei sowohl im Handel als auch bei Direktinvestitionen eng an die der **USA** gebunden. Seit 2001 ist der Dollar sogar die offizielle Währung El Salvadors. El Salvador ratifizierte als erster Staat das so genannte Freihandelsabkommen DR-CAFTA mit den USA, das 2006 in Kraft trat.²⁹ Der Vertrag wurde unter Protest der zivilen Bevölkerung unterschrieben (vgl. Grund 2006: 8). Das Handelsabkommen liberalisiert weitgehend den Marktzugang und ermöglicht es auch, sensible Bereiche, wie den öffentlichen Verkehr und das Gesundheits- und Bildungssystem zu privatisieren. Solche Privatisierungen und Marktöffnungen haben oft negative Effekte auf die staatlichen Institutionen, auf die Landwirtschaft und die armen Einkommensschichten (vgl. Grund 2006: 5). In El Salvador

²⁸ Es entstanden einige Kooperativen zur kommunalen Nutzung des Landes, die besonders jene begünstigte, die mit der Landwirtschaft nicht vertraut waren (vgl. Luciak 2001: 75).

²⁹Das DR-CAFTA ist ein Freihandelsvertrag zwischen den USA, der Dominikanische Republik, Honduras, Nicaragua, Guatemala, El Salvador und Costa Rica. Wobei Costa Rica diesen aufgrund von Protesten der Bevölkerung gegen die ungleichen Bedingungen und die sich abzeichnenden negativen Effekte für die anderen mittelamerikanischen Staaten noch nicht unterzeichnet hat.

lebt bereits jetzt fast die Hälfte der Menschen unter der Armutsgrenze (vgl. UNDP 2006: 293). Die Verarmung der Bevölkerung ist dabei ein Trend, der auch nach dem Bürgerkrieg nicht gebrochen werden konnte, wie ein Blick auf die Einkommensverteilung zeigt. Obwohl das BIP in den Jahren nach dem Krieg, wenn auch gering aber doch stetig wuchs (vgl. CEPAL 2006a: 97), ist das Gesamteinkommen weiterhin sehr ungleich verteilt: So verfügen die reichsten 20 Prozent der Bevölkerung über 55,9 Prozent des Einkommens wohingegen auf die Ärmsten 20 Prozent nur 2,7 Prozent entfallen (vgl. UNDP 2006: 336). Diese weiter bestehenden Einkommensunterschiede haben nicht nur negative Auswirkungen auf das Wirtschaftswachstum, sondern auch auf den Frieden (vgl. Boyce 1005: 2067).

Zur ohnehin recht schlechten wirtschaftlichen Situation treffen **Naturkatastrophen** wie Hurrikans oder Vulkanausbrüche die Bevölkerung hart. Zuletzt fegte im Jahr 2005 der Hurrikan Stan über El Salvador. Im gleichen Jahr brach auch der Vulkan Ilamapetec aus. Diese beiden Naturkatastrophen waren ein schwerer Schlag und zerstörten weite Teile der Infrastruktur (vgl. CEPAL 2006: 1). Marode staatliche Institutionen können der Bevölkerung im Land in solchen Notsituationen nur wenig helfen.

„Remesas“

Migration stellt für viel SalvadorianerInnen die einzige Alternative dar, um der im Land herrschenden Armut zu entkommen (vgl. Santillán and Ulfe 2006: 15). Von den knapp sieben Millionen StaatsbürgerInnen befinden sich etwa drei Millionen im Ausland, um dort den Lebensunterhalt für sich und die Familien zu verdienen, wobei sich 85 Prozent in den USA aufhalten (vgl. MRE 2005: 2).³⁰ Von den mittelamerikanischen Wirtschaftsflüchtlingen in den USA stellen Salvadorianer mit etwa 65 Prozent die größte Gruppe dar. Von dem im Ausland verdienten Geld senden die MigrantInnen meist einen Großteil an ihre Familien in El Salvador. Diese Rückzahlungen oder „remesas“, die momentan etwa 17 Prozent des BIP betragen, sind für viele SalvadorianerInnen überlebenswichtig.³¹ Sie finanzieren den Großteil des privaten Konsums (vgl. Santillán y Ulfe 2006: 3). Das Empfangen von „remesas“ bedeutet aber nicht automatisch einen Ausweg aus der Armut, da das gesendete Geld manchmal nicht alle Bedürfnisse der Familie in El Salvador decken kann (vgl. PNUD 2005: 51).

³⁰ Die Reise in die USA ist sehr beschwerlich, gefährlich und oft mit erheblichen Kosten (meist für die Schlepper) verbunden. Der Dokumentarfilm: „Asalto al Sueño“ – Angriff auf den Traum. (Regie: Ulli Stelzner, Deutschland 2005) stellte die Gefahren der Reise ins angebliche Land der unendlichen Möglichkeiten dar.

³¹ Welch große Bedeutung die „remesas“ und die Migration in die USA für El Salvador haben, spiegelt sich nicht nur in Zahlen wider, sondern auch in dem Ausmaß wie die nationalen Nachrichten diese Themen behandeln. (Eine Kurze Episode zeigt: el Mundo: „el paraíso de las remesas“ 30.06.2007, El Mundo: “Descartan legalizar a indocumentados” 29.06.2007, El Mundo: “Informe: remesas alcanzan \$1,435.4 millones” 27.06.2007)

Frauen stellen etwa 60 Prozent der EmpfängerInnen von „*remesas*“ dar (vgl. Santillán; Ulfe 2006: 41). Das heißt wiederum, dass mehr Männer emigrieren und zurückgebliebene Frauen so wie im Krieg ihren Zuständigkeitsbereich erweitern können bzw. müssen (vgl. Santillán; Ulfe 2006: 36). Allerdings sind Frauen auch hochgradig von den Zahlungen der Männer abhängig. Diese setzen die oft lebensnotwendigen Zahlungen als Macht- und Druckmittel gegenüber den Frauen ein (vgl. ebd. 2006: 37).

Beteiligung der Frauen in der Wirtschaft

Im wirtschaftlichen Bereich sind noch sehr deutliche Unterschiede zwischen Mann und Frau in der salvadorianischen Gesellschaft zu erkennen (vgl. PNUD 2005: 69). Der durchschnittliche Lohn von Frauen liegt ein Viertel unter dem von Männern (vgl. PNUD 2005: 70). Nur 46 Prozent der Frauen sind im formellen Sektor tätig (vgl. UNDP 2006: 376), wobei diese Zahl im mittelamerikanischen Vergleich relativ hoch ist.³² An diesem Prozentsatz ist zu sehen, dass der Großteil der Frauen im informellen Bereich Beschäftigung findet. Dieser zeichnet sich auch in El Salvador durch niedrige Produktivität und keinerlei sozialen Sicherungen aus.

Nach dem Bürgerkrieg wurde die Wirtschaft auf den Dienstleistungssektor gepolt, so dass die Landwirtschaft nur mehr in Form der Subsistenz eine wichtige Rolle hat (vgl. FAO). Da Frauen die Landwirtschaft lange Zeit vorenthalten war (vgl. Ibáñez 2001: 120), kann diese Änderung in der Wirtschaftspolitik des Landes als größere Partizipationsmöglichkeit für Frauen gesehen werden. Denn 74 Prozent der im formellen Sektor beschäftigten Frauen sind im Dienstleistungssektor tätig (vgl. UNDP 2006: 376).

Frauen sind meist auf Jobs angewiesen, die dem traditionellen Rollenbild entsprechen, wie etwa in Hausarbeit, im Bildungsbereich oder im Gesundheitssystem. Die Tätigkeit muss mit der Arbeit im Haushalt vereinbar sein, da immer noch Frauen 97 Prozent der Tätigkeiten im Haushalt erledigen (vgl. PNUD- El Salvador 2002: 8). Eine stete Doppelbelastung von berufstätigen Frauen ist die Folge (vgl. PNUD- El Salvador 2002: 7). Neben der Doppelbelastung sind Frauen auch der Armut stärker ausgesetzt als Männer (vgl. PNUD 2005: 50). Besonders im ländlichen Raum zeichnet sich ein höherer Anteil an Haushalten ab, der von Frauen geführt wird und arm ist, auch wenn sie „*remesas*“ erhalten (vgl. PNUD 2005: 51, Gammage and Fernandez 2000: 32).

Maquiladoraindustrie³³

³² Nicaragua: 35,5 Prozent; Guatemala: 33,7 Prozent (vgl. UNDP 2006: 377)

³³ Die Maquiladoraindustrie verarbeitet importierte halbfertige Produkte durch einen oder mehrere Arbeitsschritte zu Endprodukten, die dann wieder exportiert werden. Maquilas haben weder wachstumsfördernde

Die „*maquilas*“ in El Salvador sind fast ausschließlich textilverarbeitende Fabriken, die vorwiegend in Besitz von US-amerikanischen Firmen sind (vgl. Alvarenga Jule 2001: 33). Sie sind meist in der Nähe von Städten angesiedelt (vgl. Alvarenga Jule 2001: 31) und über 80 Prozent ihrer Angestellten sind Frauen (vgl. FAO, Alvarenga Jule 2001: 34, Oxfam 2004a: 8). In Anbetracht der hohen Arbeitslosigkeit und der Wirtschaftslage in El Salvador sind die „*maquilas*“ nicht nur für Frauen sondern für das ganze Land eine wichtige Einnahme- und Beschäftigungsquelle (vgl. Burgerman 2006: 275). Allerdings ist die Bezahlung der ArbeiterInnen in den „*maquilas*“ meist sehr gering, wobei Frauen schlechter als Männer entlohnt werden (vgl. Alvarenga Jule 2001: 36). Der Verdienst liegt sogar oft noch unter dem staatlich geregelten Mindestlohn, der allerdings nicht zum Überleben ausreicht, wenn die Frau allein die Familie zu erhalten hat (vgl. CEDM 2006³⁴). Da kaum Ausweichmöglichkeiten existieren, sind die Arbeiterinnen trotz dieser schlechten Arbeitsbedingungen auf eine Anstellung in den „*maquilas*“ angewiesen. Deswegen sind sie oft großem Druck ausgesetzt (vgl. Interview mit Rios und Krämer 2006 in Lateinamerikanachrichten 385/386: 61, Oxfam 2004a: 1).

Im Jahre 2005 lief außerdem ein Abkommen mit den USA über Abnahmequoten aus, woraufhin die USA Fabriken verstärkt nach Asien verlegte, da dort die Verarbeitungskosten noch geringer sind (vgl. Grund 2006: 8). Dies erhöhte den ohnehin schon starken Konkurrenzdruck durch asiatische Textilfabriken und führte zur Schließung einiger Produktionsstätten in El Salvador. Damit stiegen die Arbeitslosenzahlen noch weiter an (vgl. CEPAL 2006a: 98, Grund 2006: 8). Durch Produktivitätssteigerungen und Kostensenkungen versuchen die Fabriken sich in El Salvador zu behaupten. Diese Maßnahmen hatten für die ArbeiterInnen meist eine weitere Verschlechterung der Arbeitssituation und Lohnsenkungen zur Folge (vgl. Oxfam 2004a: 1). Von NGOs wird deshalb vielfach kritisiert, dass die Arbeitsrechte weder eingehalten noch kontrolliert werden (vgl. Oxfam 2004a: 8). Aus diesem Grund haben mehrere Frauenorganisationen gemeinsam die CEDM („*Concentración por un empleo digno en la Maquila*“) gegründet. Diese Organisation setzt sich gezielt für eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen ein und will die staatlichen Stellen dazu bewegen, die Fabriken zu kontrollieren und gegebenenfalls auch zu sanktionieren. Bislang konnten schon einige Erfolge verbucht werden (vgl. Oxfam 2004a: 8).

Effekte noch transportieren sie „know-how“, in das Land.

³⁴ Siehe: <http://www.lasdignas.org/uploaded/content/category/331025725.pdf> [24.07.2007]

5. Quellenverzeichnis

[...] Datum des Zugriffs

Afsahr, Haleh; Eade, Deborah (Hg.) (2004a): Development, Women, and War. Feminist Perspectives. Oxfam: Oxford

Aguilar, Gariela R.; Vogel, Peter (Hrsg.) (1983): Frauen in Lateinamerika: Alltag und Widerstand. Junius Verlag. Hamburg

Alvarenga Jule, Ligia Elizabeth (2001): La situación económico-laboral de la maquila en El Salvador: un análisis de género. Unidad Mujer y Desarrollo. CEPAL. Santiago de Chile. Unter URL: <http://www.eclac.cl/publicaciones/xml/5/6695/lcl1541e.pdf> [19.07.2007]

Amnesty International (2001): El Salvador, Peace can only be achieved with justice. Unter URL: [http://web.amnesty.org/aidoc/aidoc_pdf.nsf/Index/AMR290012001ENGLISH/\\$File/AMR2900101.pdf](http://web.amnesty.org/aidoc/aidoc_pdf.nsf/Index/AMR290012001ENGLISH/$File/AMR2900101.pdf) [05.04.2007]

Best, Marigold and Hussey, Pamela (1996): Life out of death: The feminine spirit in El Salvador. Catholic Institute for International Relations. British Library. London

Bourgeois, Philippe (2004): The power of Violence in War and Peace: Post-Cold War lessons from El Salvador. Istmo. University of California. San Francisco. Unter URL: <http://www.denison.edu/collaborations/istmo/n08/articulos/power.html> [05.04.2007]

Boyce, James (1995): Adjustment Toward Peace: An Introduction in: World Development, Vol. 23, No. 12, pp. 2067-2077. American University. Washington DC

Burgerman Susan (2006): Making Peace Perform in War-Transition Countries: El Salvador, Guatemala and Nicaragua. In: Birdsall Nancy et al (Hrsg.): Short of the Goal. US Policy and Poorly Performing States. Center for Global Development. Washington D.C. S.245-285. Unter URL: <http://www.cgdev.org/doc/shortofthegoal/chap8.pdf> [18.07.2007]

Carranza, Marlon (o. A): Detención o muerte: Hacia dónde van los “pandilleros” de El Salvador. Universidad Centroamericana José Simeón Cañas. COAV (Children in Organized Violence) <http://www.coav.org.br/publique/media/Report%20El%20Salvador.pdf> [03.08.2007]

Carcedo, Ana (2001): Femicidios en Costa Rica 1990 – 1999. Organización Panamericana de la Salud, Programa Mujer y Salud. Costa Rica (IN ORMUSA 2005)

CEPAL (2006): El Salvador: Evolución económica durante 2005 y perspectivas para 2006. CEPAL. Santiago de Chile Unter URL: <http://www.eclac.cl/publicaciones/Mexico/5/LCMEXL735/L735.pdf> [24.07.2007]

CEPAL (2006a): Balance preliminar de las economías de América Latina y el Caribe 2006. El Salvador S.97-98. Unter URL: http://www.eclac.cl/publicaciones/xml/2/27542/El_Salvador.pdf [24.07.2007]

Comisión Interamericana de Derechos Humanos (1994): Informe sobre la situación de Derechos Humanos en El Salvador. Unter URL: <http://www.cidh.org/countryrep/ElSalvador94sp/indice.htm> [04.04.2007]

Commission on the Truth of El Salvador (1993): From madness to hope: the 12-year war in El Salvador. Betancur, Belisario (Chairman). Unter URL: http://www.usip.org/library/tc/doc/reports/el_salvador/tc_es_03151993_toc.html [06.06.2007]

CCPDH (Consejo Centroamericano de Procuradores de Derechos Humanos), IIDH (Instituto Interamericano de Derechos Humanos) (2006): Situación y Análisis del femicidio en la Región Centroamericana. Unter URL: <http://www.conadeh.hn/pdf/Femicidio.pdf> [23.05.2007]

Clausewitz (1832): Vom Kriege. Gesamtwerk einsehbar unter URL: <http://gutenberg.spiegel.de/classen/war/classen/war/buch01.htm> [08.03.2006]

Cockburn, Cynthia (2001): The Gendered Dynamics of Armed Conflict and Political Violence. IN: Moser, Caroline O.N./Clark, Fiona C.: victims, Perpetrators or Actors? Gender, Armed conflict and Political Violence. London. S.13-29

Craske, Nikki (1999): Women Politics in Latin America. Polity Press. Cambridge

del Castillo, Graciana (1997): The arms-for-land deal in El Salvador in: Keeping the peace: Multidimensional UN operations in Cambodia and El Salvador (1997): edited by: Doyle, Michael W., Johnstone, Ian and Orr, Robert C. International Peace Academy. Cambridge University Press. Cambridge

FAO (o.A.): La mujer en la agricultura, medio ambiente, y la producción rural. El Salvador. Unter URL: <http://www.rlc.fao.org/mujer/situacion/pdf/els.pdf> [19.07.2007]

Facia Montejó, Alda y Jiménez Sandoval, Rodrigo (2007): La igualdad de género y la modernización de los Parlamentos Latinoamericanos. Banco Interamericano de Desarrollo. BID. Washington D.C. Unter URL: <http://www.iadb.org/sds/doc/prolead-ReformaLegislativa.pdf> [23.07.2007]

FESAL (2003): Encuesta Nacional de Salud Familiar. Informe Resumido. Unter URL: <http://www.fesal.org/sv/2003/informe/final/espanol/default.htm> [23.05.2007]

Gammage, Sarah and Fernandez, Jorge (2000): Conflict, displacement and reintegration: household survey evidence from El Salvador. International Center for Research on Women. Washington. UNHCR. Unter URL: <http://www.unhcr.org/research/RESEARCH/3ae6a0cb0.pdf> [23.07.2007]

Gareau, Frederick H. (2004): State Terrorism and the United States. From Counterinsurgency to the War on Terrorism. Zed Books. London.

Grund, Constantin (2006): “Su lucha es nuestra lucha. Junto ganaremos!” Zentralamerikanische Migration in die USA und das CAFTA Abkommen in: Ibero Analysen. Berlin. Heft 17, Januar 2006. Unter URL: <http://www.ibero-analysen.de/hefte/Ibero-Analysen%20Heft%2017.pdf> [25.07.2007]

Herrera, Morena (2006): La participación de las mujeres en los espacios de decisión a nivel local. Entre lo deseable y lo real. Unter URL: http://www.un-instraw.org/es/images/stories/political_participation/mherrera.pdf [24.07.2007]

Htun, Mala H. (1996): Women and Democracy in: Constructing democratic governance in Latin America edited by Dominguez, Jorge I. and Shifter, Michael. John Hopkins University. Baltimore. Second edition 2003

Ibáñez, Ana Christina (2001): El Salvador: War and Untold Stories, Women Guerillas in: Moser, Caroline O.N. and Clark, Fiona C.: Victims, Perpetrators or Actors? Gender, Armed Conflict and Political Violence. Zed. London & New York

IDEA (International Institute for Democracy and Electoral Assistance), IIDH (Instituto Interamericano de Derechos Humanos) (2005): Verdad, justicia y reparación, desafíos para la democracia y la convivencia social. (kein Ort) Unter URL:

<http://www.idea.int/publications/vjr/upload/IDEA-IIDH.pdf> [05.04.2007]

Jeria, Jorge (1998): Adult Education as an Educational Tool for Demobilization: Reflections on the Case of El Salvador. p. 94-105. In: Retamal, Gonzalo and Aedo-Richmond, Ruth (Editors) (1998): Education as a Humanitarian Response. Frontiers of international education series. Colin Brock. Cassel. London

Kampwirth, Karen (2004): Feminism and the legacy of revolution. Nicaragua, El Salvador, Chiapas. Ohio University Research in International Studies. Ohio University Press. Athens

Kassel, Susanne (2005): Kriegslegitimation und Geschlecht. In: Medien im Krieg Revisited. Medien Journal 3/2005. S.35-45

Lateinamerika Nachrichten (2006): Der Druck auf die Fabrikantinnen ist nach wie vor extrem hoch. Interview mit Rios, Marina und Krämer, Thomas. Nummer: 385/386. Berlin

Lieves, Karin (1989): Das fünfte Stockwerk der Freude, Drei Jahre mit der Guerilla in El Salvador. Theorie und Praxis. Verlag Libertäre Assoziation. Köln. Hamburg

Luciak, Ilija (2001): After the revolution: gender and democracy in El Salvador, Nicaragua and Guatemala. John Hopkins University Press. Baltimore

Stephen, Lynn (1997): Women and social movements in Latin America: power from below, University of Texas Press. Austin

MRE (Ministerio de Relaciones Exteriores El Salvador) (2005): Comunidad Salvadoreña en el Exterior. Unter URL: <http://www.comunidades.gob.sv/website/comunidades1.html> [24.07.2007]

Nohlen, Dieter (Hrsg.) (2002): Lexikon Dritte Welt; Länder Organisationen, Theorien, Begriffe, Personen. Rowohlt Taschenbuch Verlag GmbH. Hamburg

ONUSAL: Unter URL: http://www.un.org/Depts/dpko/dpko/co_mission/onusal.htm [28.05.2007]

ORMUSA (Organización de Mujeres Salvadoreñas por la Paz) (2005): Análisis del feminicidio en El Salvador. Una aproximación para el debate. Unter URL: http://observatoriolaboral.ormusa.org/investigaciones/2005_Analisis_de_los_feminicidios.pdf [22.05.2007]

Oxfam (2004): Vigilando la violencia entre los sexos en el Salvador. Oxfam Noticias. Unter URL: http://www.oxfamamerica.org/es/noticias/noticias/salvador_violencia [11.04.2007]

Oxfam (2004a): La maquila el trabajo precario de las mujeres. Oxfam International. Unter URL: http://www.maketradefair.org/es/assets/la_maquila_el_trabajo_precario_de_las_mujeres.pdf [24.07.2007]

Pampell Conawy, Camille; Martínez, Salomé (2004): Adding Value: Women's Contributions to Reintegration Reconstruction in El Salvador. Hunt Alternatives Fund. Unter URL: http://www.huntalternatives.org/download/14_adding_value_women_s_contributions_to_reintegration_and_reconstruction_in_el_salvador.pdf [05.04.2007]

Panos' women and conflict oral testimony project (1995): Arms to Fight, Arms to Protect: Women speak out about conflict. Panos Publication Ltd. London

PNUD (2005a): La equidad de género en El Salvador http://www.desarrollohumano.org/sv/migraciones/informes_anteriores/c3.pdf [02.05.2007]

PNUD-El Salvador (2002): Estrategia de Género del Programa de las Naciones Unidas. Unter URL: www.undp.org/surf-panama/docs/gworkshop/documentation/estrategia_salvador.doc - [29.05.2007]

Reyes Regalado, Isabel Christina; Elías Marroquín, María Angela (2005): Privatización de la salud y la atención en SSR que reciben las mujeres en los tres niveles de atención en salud del sector público, en la área urbana y rural del departamento San Salvador. Las dignas. San Salvador. Unter URL: <http://www.lasdignas.org/uploaded/content/article/840964565.pdf> [22.05.2007]

Rupp, Helen (2006): Alles neu macht der Mai in: Lateinamerikanachrichten Nummer 383. Mai 2006. Online Version Unter URL: <http://www.lateinamerikanachrichten.de/?/artikel/868.html> [24.07.2007]

Santillán, Diana; Ulfe, María Eugenia (2006): Destinatarios y usos de remesas. ¿Una oportunidad para las mujeres salvadoreñas? Unidad Mujer y Desarrollo. CEPAL. Santiago de Chile. Unter Url: <http://www.eclac.cl/publicaciones/xml/8/23668/lcl2455e.pdf> [06.07.2007]

Shayne, Julie D. (2004): The revolution question: feminism in El Salvador, Chile and Cuba. Rutgers University Press. Piscataway

Spencer, Denise (1997): Demobilization and Reintegration in Central America. Bonn International Center For Conversion. Paper 8. BICC. Bonn. Unter URL: <http://www.bicc.de/publications/papers/paper08/paper8.pdf> [20.07.2007]

Tangermann, Klaus Dieter (1980 oder 81): Ein Vulkan – Zentralamerika. Politische Reisen durch Guatemala, El Salvador und Nicaragua. taz-Journal no.2. Verlag „Die Tageszeitung“. Frankfurt am Main.

UNDP (2006): Human Development Report 2006. Beyond scarcity: Power, poverty and the global water crisis. UNDP. New York. Unter URL: <http://hdr.undp.org/hdr2006/pdfs/report/HDR06-complete.pdf> [30.05.2007]

UNIFEM: El Salvador. Unter URL: <http://www.womenwarpeace.org/elsalvador/elsalvador.htm> [18.07.2007]

Vargas, Virginia (2002): The struggle by Latin American Feminism for Rights and Autonomy in: Gender and the politics of rights and democracy in Latin America (2002) edited by Craske, Nikki and Molyneux, Maxime. Palgarve. Basingstoke. Hampshire. New York

Weiss Fagen, Patricia (2000): Mujeres refugiadas en El Salvador y Guatemala: Dificultades y Lecciones Aprendidas de la Reintegración. International Center for Research on Women (ICRW). Unter URL: http://www.iknowpolitics.org/files/FagenReportSpanish_ICRW.pdf [23.07.2007]

Homepages:

Fundación Heinrich Böll – América Latina:
<http://boell-latinoamerica.org>

Inter-Parliamentary Union
Unter URL: www.ipu.org

Lateinamerikanachrichten
www.lateinamerikanachrichten.de